



*Liebe Leserin,  
Lieber Leser,*

in den Grußworten zur ConSozial 2015 spiegeln sich wichtige Meilensteine für die Entwicklung des Sozialen in unserer Gesellschaft.



„Die Inklusion gehört zu den zentralen sozialpolitischen Forderungen der Gegenwart“ so Ministerpräsident Horst Seehofer. Sie entscheidend voranzutreiben, ist ein wichtiges Ziel der Bayerischen Staatsregierung.

„Wir brauchen Nahrung und Kleidung, wünschen uns Sicherheit und Gesundheit, soziale Kontakte, Anerkennung und die Chance selbstbestimmt zu leben. Jedes Gemeinwesen hat die Aufgabe, den Rahmen dafür zu schaffen, dass wir alle diese Grundbedürfnisse befriedigen und zugleich die Wechselfälle des Lebens meistern können“ schreibt Ministerin Emilia Müller.

Wie gelingt die Umsetzung dieser Ziele?

„Um eine Teilhabe für alle zu erreichen, müssen staatliche Ebene, Wirtschaft, Verbände und auch die Familien sowie jede und jeder Einzelne Verantwortung übernehmen“ so Bundesministerin Manuela Schwesig. Eine fast punktgenaue Beschreibung des Publikums, das sich auf der ConSozial 2015 treffen wird. Wie diese Verantwortung aus jeweiliger Position und in jeweiliger Rolle aussieht und verstanden wird, bleibt abzuwarten.

Einige der Herausforderungen greifen wir mit ausgesuchten Beiträgen im Sinne eines roten Fadens durch die verschiedenen Arbeitsfelder des Sozialen auf, um den Diskussionsbedarf herauszuarbeiten. Zugleich wollen wir Ihre Neugierde wecken.

Wir sind sicher, dass die ConSozial, der KITA-Kongress und der Hospiz- und Palliativkongress, gerade auch im gemeinsamen Schulterschluss hinsichtlich Termin und Ort, wieder ein Erfolg werden. Dem Teilnehmenden bietet sich ergänzend zu den individuell ausgewählten und besuchten Fachvorträgen der Kongresse auch das Forum der Messe. Einer Messe, die praktische Lösungen und anregende Kontakte bietet und das 20-jährige Bestehen der Pflegeversicherung zum Anlass nimmt, sich um das „Forum Pflege“ zu erweitern.

Nach der ConSozial ist vor der ConSozial. Das stimmt, ist aber bei Weitem nicht alles! Entscheidend ist die Zeit dazwischen, denn es gilt die Hausaufgaben zu erledigen. In der Wahrnehmung der jeweils eigenen Verantwortung wird uns das vieles abverlangen, denn die Interessen sind unterschiedlich. Die LAG Ö/F weiß sich diesem Interessenausgleich in der Bayerischen Gesellschaft verpflichtet und will Brücken bauen. Ohne ein ideelles und finanzielles Sonderinvestitionsprogramm in unserer Gesellschaft wird das nicht gehen.

Sehen wir uns auf der ConSozial? Herzliche Einladung zum Kongress, zur Messe und zum Brückenbau.

  
Hendrik Lütke

**INHALT**

**Consozial 2015:  
Selbstbestimmt leben  
Inklusion gestalten  
Soziales pflegen**

<b>Grußwort</b>	S. 3
Leistungsverändert, psychisch belastet oder krank	S. 5
Gemeinsam geht es besser	S. 6
Der neue Pflegebedürftigkeitsbegriff	S. 7
Weniger Bürokratie mehr Qualität?	S. 8
Das muss sich ändern!	S. 9
Wir müssen traumatisierten Kinder helfen	S. 10
Gewalt fängt nicht erst bei Schlägen an	S. 11
Je eher, desto besser	S. 12
Schnell, klar, strukturiert	S. 13
Die im Dunkeln sieht man nicht	S. 14
Damit alle zu ihrem Recht kommen	S. 15
Mehr Selbstbestimmung	S. 16
<b>Panorama</b>	S. 17
<b>Veranstaltung</b>	S. 20
<b>Mitgliedsorganisationen</b>	S. 21
Blind Foundation	S. 28



### Johannes Hintersberger, MdL

Staatssekretär im Bayerischen Staatsministerium  
für Arbeit und Soziales, Familie und Integration

**S**eit 30. Juni 2015 ist Johannes Hintersberger Staatssekretär im Staatsministerium für Arbeit und Soziales, Familie und Integration. Johannes Hintersberger ist verheiratet und Vater von fünf Kindern. Seine Wurzeln hat er in Augsburg, wo er mit seiner Familie lebt. Von 2013 bis 2015 war er Staatssekretär im Bayerischen Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat. Im Bayerischen Landtag ist er seit dem Jahr 2003 vertreten.

Zu seiner Berufung als Sozialstaatssekretär sagt Johannes Hintersberger: Die Themen des Arbeits- und Sozialministeriums sind wahre Zukunftsthemen. Menschen stellen sich Fragen zu ihrer ganz persönlichen Zukunft: Ist mein Arbeitsplatz sicher? Wird mein Beruf mir genug Zeit für Familie lassen? Wie wird mein Leben aussehen, wenn ich älter bin? Wie kann ich im Alter möglichst lange selbstbestimmt zu Hause oder wie zu Hause wohnen?

Das Bayerische Sozialministerium gestaltet Politik, die den Menschen in den Mittelpunkt stellt. Wie Kinder in unserer Gesellschaft aufwachsen, wie wir Solidarität und soziale Sicherheit gestalten, wie wir Zusammenhalt in der Gesellschaft und unter den Generationen stärken, wird unser zukünftiges Zusammenleben prägen. Mit „Bayern barrierefrei“ soll Bayern bis 2023 im öffentlichen Raum barrierefrei werden. Barrierefreiheit ist für sehr viele Menschen von zentraler Bedeutung: Natürlich für Menschen mit Behinderung aber auch für ältere Bürgerinnen und Bürger, die in der Bewegung eingeschränkt sind oder am Rollator gehen sowie für Familien mit Kinderwagen. Kurz gesagt: Jeder von uns profitiert von leicht zugänglichen Wegen und Gebäuden sowie von barrierefreien Kommunikations- und Informationsmöglichkeiten. Bayern steht auch für eine Asylsozialpolitik mit großem Verantwortungsbewusst-

sein. Wir setzen auf einen Dreiklang aus humanitärer Unterbringung, konsequenter Rückführung derjenigen, die nicht hier bleiben dürfen, und mehr Entwicklungshilfe zur Lösung der Probleme in den Heimatländern. Ich freue mich sehr, diese grundlegenden Themen mitgestalten zu können. Der soziale Bereich ist mir aus meinem ehrenamtlichen Engagement seit langen Jahren vertraut. So engagiere ich mich zum Beispiel seit vielen Jahren in der katholischen Sozialstation Augsburg-Lechhausen oder im Stiftungsrat der Kolpingstiftung der Diözese Augsburg.

Die vorliegende Ausgabe der Bayerischen Sozialnachrichten ist der Sozialmesse „ConSozial“ gewidmet. Sie öffnet am 21. und 22. Oktober 2015 im Nürnberger Messezentrum ihre Pforten für die Führungs- und Fachkräfte der Sozialwirtschaft. Das diesjährige Motto „SELBSTBESTIMMT LEBEN – INKLUSION GESTALTEN – SOZIALES PFLEGEN“ spannt einen weiten Bogen. Es ist gut, dass das Bayerische Sozialministerium bereits seit 1999 diese Fachmesse veranstaltet, die im gesamten deutschsprachigen Raum Aufmerksamkeit findet. Hauptanliegen der ConSozial ist es, die soziale Arbeit in ihren vielfältigen Arbeitsfeldern und in ihrer hohen volkswirtschaftlichen Bedeutung auszuleuchten. Wir diskutieren dazu aktuelle Trends und zeigen gelungene Praxisbeispiele.

In Zusammenarbeit mit den Rummelsberger Diensten für Menschen, der Nürnberg Messe sowie den vielen Ideengebern aus der öffentlichen und freien Wohlfahrtspflege, der Wissenschaft und der Praxis wurde das aktuelle Kongress- und Messeprogramm entwickelt.

Nach dem Grußwort von Staatsministerin Emilia Müller wird im Mittelpunkt der Eröffnung dieses Jahr erstmals eine Podiumsdiskussion mit Vertretern der Bundespolitik und den Repräsentanten der Wohlfahrts- und Sozialverbände auf Bundesebene stehen. Ausgehend vom diesjährigen Motto werden sie die Herausforderungen bei der Verwirklichung einer inklusiven Gesellschaft beleuchten. Aus Anlass des 20-jährigen Bestehens der sozialen Pflegeversicherung hat die diesjährige ConSozial den weiteren Themenschwerpunkt Pflege. Außerdem werden Sie in zahlreichen Tandemvorträgen hören, wie soziale Organisationen und gewerbliche Unternehmen wirkungsvoll zusammenarbeiten können.

Wie immer gibt es zahlreiche weitere Veranstaltungen:

- Am 21. Oktober findet parallel zur Messe der Hospiz- und Palliativkongress „Leben ist eine echte Alternative“ statt.
- Raul Krauthausen, der Gründer der Sozialhelden, wird sich in seinem Vortrag am 22. Oktober mit der These „Inklusion – Einfach machen“ auseinandersetzen.
- Beim KITA-Kongress der ConSozial wird diskutiert, wie in einem Arbeitsfeld, das vielfältigen

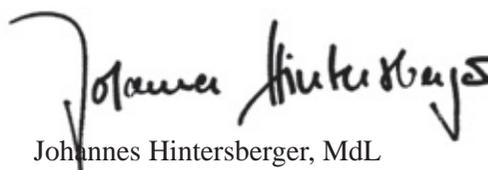
Einflüssen ausgesetzt ist, eine Balance zwischen Kontinuität und Innovation gelingen kann.

- Und zum zweiten Mal findet ein Management-Symposium statt. Es nimmt die Verlässlichkeit der Rahmenbedingungen Sozialer Arbeit in den Focus.

Humor, Humanität und Haltung bestimmen die Auftritte auf der Messebühne. Verblüffende Einblicke in die soziale Arbeit sind beim Comedy-Auftritt von Sybille Bullatschek ebenso zu erwarten wie bei dem inklusiven Tanzprojekt zu Carl Orffs „Carmina Burana“.

Der Landesarbeitsgemeinschaft der öffentlichen und freien Wohlfahrtspflege in Bayern danke ich sehr für diese gelungene Ausgabe der Bayerischen Sozialnachrichten. Ich lade Sie, sehr geehrte Leserinnen und Leser, sehr herzlich zur ConSozial 2015 ein. Wir sehen uns im Oktober in Nürnberg!

Ihr



Johannes Hintersberger, MdL

Staatssekretär im Bayerischen Staatsministerium für Arbeit und Soziales, Familie und Integration

**Wir freuen uns, unseren Leserinnen und Leser einen Eintritts-Gutschein für die ConSozial 2015 anbieten zu können.**

**Er ist dieser Ausgabe beilegt.**

**Einfach ausfüllen und kostenlos die Messe besuchen.**



# LEISTUNGSVERÄNDERT, PSYCHISCH BELASTET ODER KRANK



## Wie Arbeitgeber dieser Herausforderung begegnen können

Leistungsveränderte, psychisch belastete oder erkrankte Mitarbeiter sind eine Herausforderung für viele Unternehmen und Einrichtungen. Wie reagiert man als Führungskraft auf eine solche Situation? Erfahrene Mitarbeiter aus den Sozialpsychiatrischen Diensten der Caritas in Bayern haben dafür im Rahmen von Angeboten zum Betrieblichen Gesundheitsmanagement einen strukturierten Stufenplan entwickelt, den Dr. Stefan Gerhardinger, Leiter des Referats Sozialpsychiatrische Dienste des Diözesancaritasverbandes Regensburg gemeinsam mit Sandra Hindelang vorstellt. Der Vortrag lautet: „Psychische Störungen am Arbeitsplatz – Was Arbeitgeber tun können.“

Die Referenten greifen dabei auf vielfältige Erfahrungen zurück, die beide als Dozenten und Coaches im Rahmen des ESF-geförderten Projektes „gesund führen in der Sozialwirtschaft“ machen konnten. „Für Suchtkranke gab es derlei Stufenpläne schon. Die uns vorliegenden Sucht-Stufenpläne haben wir adaptiert und so eine Handreichung geschaffen, die zeigt wie dem Problem der psychischen Beeinträchtigung am Arbeitsplatz begegnet werden kann“, erklärt der Psychotherapeut. Er möchte Personalverantwortlichen zusammen mit Sandra Hindelang, Diplompsychologin und Leiterin des Sozialpsychiatrischen Dienstes Dingolfing-Landau, etwas an die Hand geben, das weit über „rein salbungsvolle Gespräche hinausgeht. Der Stufenplan soll Führungskräften wie auch betroffenen Mitarbeitern als Leitlinie zum Umgang mit der identifizierten psychischen Überlastung beziehungsweise psychischen Erkrankung dienen. Wichtig ist jedoch, dass wir erörtern, wie man den Stufenplan einsetzt, um damit eine Problemlösung erreichen zu können, anstatt ein Problem nur noch zu verschlimmern.“

Das Thema brennt auf den Nägeln, denn die Problematik nimmt dramatisch zu. Was also kann eine Führungskraft tun, damit sie selbst und ihre Mitarbeiter gesund bleiben? Zunächst werden Hindelang und Gerhardinger Zahlen, Daten und Fakten vorstellen. Die Referenten sehen Führungsverantwortliche in der Pflicht. Ihnen oblägen Fürsorgepflicht, die Achtung des Arbeitsschutzgesetzes und eine prinzipielle ethische Verantwortung für die Mitarbeiter.

„Es ist aber auch zu bedenken, dass alle Kollegen

in einer Einrichtung, einem Unternehmen im Fokus stehen, denn die Minderleistung eines überlasteten oder kranken Kollegen muss ausgeglichen werden“, erläutert Dr. Gerhardinger, „und damit ergibt sich eine unzumutbare Mehrbelastung im Kollegenkreis.“ Die Folgen sind dann auch betriebswirtschaftlicher Natur: „Wenn jemand leistungsgemindert ist, wird er seine Aufgabe nicht ganz erfüllen. Das geht zu Lasten der Produktivität, des Images und der Kundenzufriedenheit, und hier sind selbstverständlich auch Non-Profit-Unternehmen zum Handeln gezwungen.“

Präventive Maßnahmen, eine Sensibilisierung für die genannte Problematik und Handlungswissen für notwendig werdende Gespräche mit den Mitarbeitern seien daher unumgänglich. Insbesondere der Umgang mit uneinsichtigen und unkooperativen Mitarbeitern will gelernt sein. Sandra Hindelang und Dr. Stefan Gerhardinger werden daher auch auf entsprechende Schulungs- und Fortbildungsangebote verweisen.



### B 14 Best Practice

22. Oktober, 13.00 Uhr

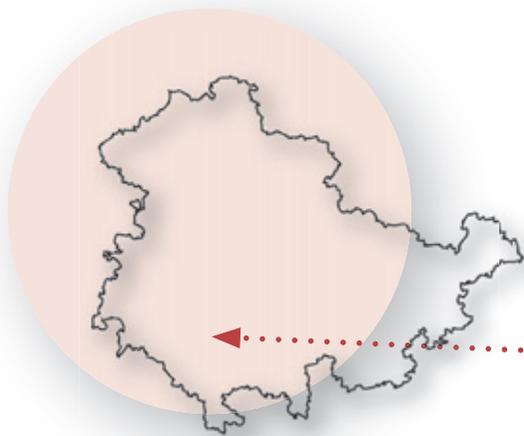
„Psychische Störungen am Arbeitsplatz - Was Arbeitgeber tun können“

#### Dr. Stefan Gerhardinger

Leiter des Referats Sozialpsychiatrische Dienste des Diözesancaritasverbandes Regensburg und Leiter des Sozialpsychiatrischen Dienstes Weiden  
Email: [s.gerhardinger@spdi-weiden.de](mailto:s.gerhardinger@spdi-weiden.de)

#### Sandra Hindelang

Leiterin des Sozialpsychiatrischen Dienstes für den Landkreis Dingolfing-Landau  
Sozialpsychiatrischer Dienst für den Landkreis Dingolfing-Landau  
Email: [hindelang.sandra@caritas-landau.de](mailto:hindelang.sandra@caritas-landau.de)



## GEMEINSAM GEHT ES BESSER

### Auf dem Weg zu einer flächendeckenden kommunalen Sozialplanung in Thüringen

In Thüringen ist der vielzitierte demografische Wandel bereits heute Realität. Zur Sicherung einer bedarfsgerechten sozialen Infrastruktur setzt die LIGA der Freien Wohlfahrtspflege in Thüringen auf die 2015 einsetzende Sozialplanung.

Neben der allgemeinen Alterung der Bevölkerung setzen die enormen Abwanderungen nach der Wiedervereinigung das Bundesland unter Druck. „Die Folgen sind in gesellschaftlicher wie sozialer Hinsicht gerade in ländlichen Räumen dramatisch“, weiß Dominik Baier. Eine Reihe von Landkreisen verlor seit 1990 20-30 Prozent der Bevölkerung. Aber auch die strukturellen Veränderungen sind enorm. Der Anteil der über 65-Jährigen beläuft sich mittlerweile auf knapp ein Viertel der Bevölkerung. Und es wird nicht besser: Bis 2030 soll Thüringen weitere 300.000 Menschen verlieren.

„Um die Jahrtausendwende begannen sich die LIGA Verbände verstärkt mit den Konsequenzen dieser Entwicklung auseinanderzusetzen“, erklärt Baier. „Dabei suchten die Verbände nach Strategien, um auch zukünftig Planungssicherheit für unsere Träger zu gewährleisten und besonders auch Beteiligung und Mitwirkung sicherzustellen“. Eine unter anderem durch die LIGA Thüringen ab 2010 durchgeführte Machbarkeitsstudie lieferte hierzu wichtige Ansätze. „Mittlerweile sind wir bei unseren Bemühungen ein gutes Stück vorangekommen“, freut sich Dominik Baier. „Dies ist nicht zuletzt auf das hartnäckige Werben der LIGA-Verbände gegenüber der Landespolitik zurückzuführen.“

So gibt es seit 2015 in Thüringen ein aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) finanziertes Programm („Armutspräventionsrichtlinie“), welches unter anderem Förder- und Unterstützungsleistungen für die Kommunen bereitstellt. Über eine verbesserte Koordination und Abstimmung der Angebote vor Ort soll ein entscheidender Beitrag zur lokalen Armutsprävention geleistet werden.

Die geschaffenen Strukturen werden nun mit Leben

gefüllt. Als zentrale Herausforderung gilt es für die LIGA Thüringen aktuell für ihr Planungsverständnis zu werben. „Selbstverständlich stellt Sozialplanung zu allererst eine Aufgabe der öffentlichen Hand dar. Es muss aber in die Köpfe, dass eine erfolgreiche Umsetzung nur mit einer breiten Beteiligung, also sowohl der Einbeziehung der Betroffenen selbst wie auch der Einrichtungen und Dienste gelingen kann“, ist Baier überzeugt. Dies setze auch bei freien Trägern ein Umdenken hin zu einem aktiven und politischen Rollenverständnis voraus.

Sozialplanung verändere zwar (zumindest kurzfristig) weder die Rahmenbedingungen, noch vereinfache sie die Ausgangslage. „Allerdings eröffnet eine partizipative und ergebnisoffene kommunale Sozialplanung Möglichkeiten, gemeinsam mit den Akteuren vor Ort die soziale Daseinsvorsorge so zu entwickeln, dass auch zukünftig Sozialräume lebenswert bleiben“, so Baier. Die Erfahrungen knapp ein Jahr nach Projektstart werden im Mittelpunkt des Workshops stehen.



#### B22 Best Practice

22. Oktober 2015 | 15:30 Uhr  
Gemeinsam besser? Kommunale Sozialplanung mit der Freien Wohlfahrtspflege

**Dominik Baier | Sabine Lucks**  
LIGA der Freien Wohlfahrtspflege in Thüringen  
email: baier@liga-thueringen.de

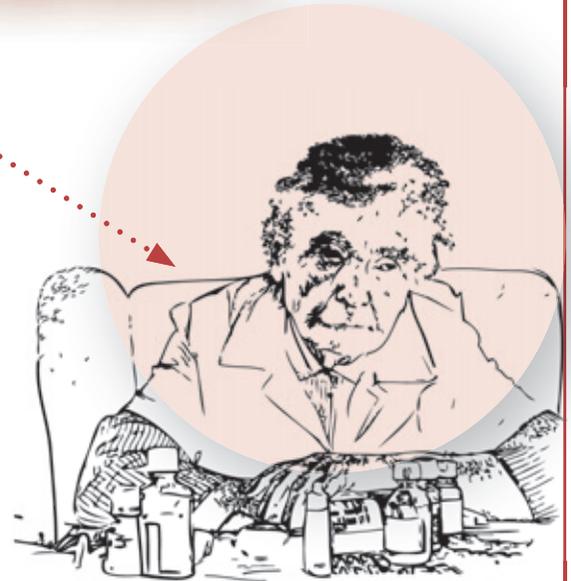
# DER NEUE PFLEGEBEDÜRFTIGKEITSBEGRIFF

## Über Veränderungen und Konsequenzen für die Altenhilfe

Ende des Jahres 2006 begannen konzeptionelle Arbeiten zur Vorbereitung einer tiefgreifenden Reform der Pflegeversicherung, die mit dem Pflege-Stärkungsgesetz II noch in diesem Jahr auf den parlamentarischen Weg gebracht werden soll. Dr. Klaus Wingefeld vom Institut für Pflegewissenschaft an der Universität Bielefeld wird sie bei der ConSozial vorstellen.

Die Veränderungen umfassen insbesondere eine Neufassung des sozialrechtlichen Pflegebedürftigkeitsbegriffs und die Einführung eines neuen Begutachtungsverfahrens mit einem neuen Pflegestufensystem. Der neue Pflegebedürftigkeitsbegriff ist die Antwort auf die schon viele Jahre anhaltende Kritik, dass die geltenden Regelungen der Pflegeversicherung zu eng seien und daher verschiedene Personengruppen benachteiligten – vor allem Demenzkranke, aber auch chronisch kranke Kinder, psychisch beeinträchtigte Menschen und jüngere Schwerkranke mit einem andauerndem Bedarf an spezialisierter Pflege.

„Es geht aber nicht nur um Leistungsansprüche von Pflegebedürftigen, sondern vor allem darum, Voraussetzungen zu schaffen, damit die Anforderungen bewältigt werden können, die die demografische Ent-



wicklung mit sich bringt“, erklärt der Referent. „Es gilt beispielsweise die verschiedenen Leistungskataloge für die ambulante Pflege anzupassen und Hilfesysteme besser zu verschränken, um die Versorgung pflegebedürftiger Menschen mit Behinderung zu optimieren.“

Die heutigen drei Pflegestufen werden durch fünf sogenannte Pflegegrade abgelöst. Eine wichtige Neuerung besteht darin, dass auch solchen Personen ein Pflegegrad zugeordnet wird, die relativ geringe Beeinträchtigungen aufweisen und damit heute nicht die Pflegestufe I erreichen – also nach den aktuellen rechtlichen Vorschriften als „nicht pflegebedürftig“ gelten, obwohl sie auf Pflege angewiesen sind. Die Ausdehnung von Leistungen auf diese Personengruppe beruht auf dem Grundgedanken, die Voraussetzungen für eine präventive Unterstützung zu verbessern und frühzeitig einer Ausweitung von Pflegebedürftigkeit entgegenzuwirken.

Der neue Pflegebedürftigkeitsbegriff eröffnet also viele Möglichkeiten struktureller Verbesserungen, die allerdings konzeptionell durchdekliniert und durch geeignete rechtliche Maßgaben flankiert werden müssen. Im Rahmen des anstehenden Gesetzgebungsverfahrens wird sich zeigen, ob es der Politik gelingt, diese Möglichkeiten zu nutzen und damit die Lebensbedingungen pflegebedürftiger Menschen nachhaltig zu verbessern.

Dieser Vortrag von Dr. Klaus Wingefeld geht also der Frage nach, welche Veränderungen, aber auch welche Herausforderungen mit der Einführung des neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs verbunden sein werden.



### F 28 Fachvortrag

22. Oktober 2015 | 15.30 Uhr  
Der neue Pflegebedürftigkeitsbegriff -  
Konsequenzen für die Altenhilfe

#### Dr. Klaus Wingefeld

Wissenschaftlicher Geschäftsführer des Instituts für Pflegewissenschaft  
an der Universität Bielefeld

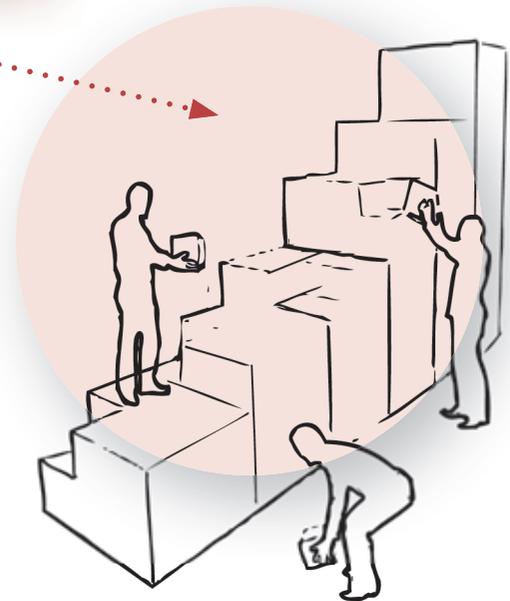
[klaus.wingefeld@uni-bielefeld.de](mailto:klaus.wingefeld@uni-bielefeld.de)

# WENIGER BÜROKRATIE, MEHR QUALITÄT?

## Die neue Pflegedokumentation und die praktische Anwendung des Strukturmodells

Dieser ConSozial-Vortrag von Elisabeth Beikirch, fachliche Leitung Implementierungsstrategie Projektbüro Ein-STEP, bietet Informationen auf drei Ebenen: Aufgezeigt werden die Grundlagen der Neuausrichtung der Pflegedokumentation sowie das Vorgehen anhand der Prinzipien des Strukturmodells einschließlich einer juristischen Einordnung.

Das fachliche Konzept, insbesondere der „Strukturierten Informationssammlung“ (SIS) als Einstieg in einen vierphasigen Pflegeprozess und der personenzentrierte Ansatz werden erklärt wie auch die Bedeutung, in welcher Weise Pflege- und Qualitätsmanagement, Schulung und Reflexion bei der Umsetzung des Strukturmodells und der betrieblichen Rahmenbedingungen zusammenspielen. Die gewünschten Effekte in punkto Entlastung, dem Benefit für die Pflegeeinrichtungen – auch im Hinblick auf die Einführung eines neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs und des Begutachtungsassessments – werden aufgezeigt. Zusätzlich werden das systematische Vorgehen zur bundesweiten Schulung von Multiplikatoren in den Verbänden und in den Prüfinstanzen (MDK7/Heimaufsicht und Prüfdienst der Privaten) sowie der Hersteller von Dokumentationssystemen zur Unterstützung und Qualitätssicherung im Rahmen der Implementierungsstrategie erläutert. Grundlage für diese Implementierungsstrategie ist das Strukturmodell zur „Effizienzsteigerung der Pflege-



dokumentation“. Dessen Konzept wurde in Zusammenarbeit mit der Fachpraxis, Fachwissenschaften und unter juristischer Expertise 2013 im Auftrag des Bundesministeriums im Rahmen der Entbürokratisierungsdebatte erarbeitet und in 60 Pflegeeinrichtungen ambulant und stationär erprobt. Die Ergebnisse aus diesem Praxistest bildeten die Grundlage für die Vertragsparteien in der Pflegeselbstverwaltung, die Einführung in den Pflegeeinrichtungen zu beschließen und auf eine vertragsrechtlich sichere Basis zu stellen. Damit war eine wesentliche Voraussetzung für alle Akteure auf Bundes- und Landesebene zur bundesweiten Umsetzungsstrategie geschaffen.

Das erste große Entbürokratisierungsprojekt in der Pflege des Bevollmächtigten der Bundesregierung hat zum Ziel, 2015 bis 2016 in 25 Prozent aller Pflegeeinrichtungen bundesweit die Pflegedokumentation in der ambulanten und der stationären Langzeitpflege grundlegend neu auszurichten und zu verschlanken. Hierzu wurde in Zusammenarbeit mit den Verbänden der Trägerorganisationen eine Implementierungsstrategie entwickelt, welche sicher stellen soll, dass die neue Dokumentationspraxis durch eine einheitliche Vorgehensweise umgesetzt wird und dies von allen Verbänden in den Pflegeeinrichtungen entsprechend unterstützt wird. Hierzu wurde das Projektbüro EinSTEP vom Pflegebevollmächtigten beauftragt, das die inhaltliche und logistische Umsetzung in Zusammenarbeit mit den Verbänden steuert. Auf dessen Internetplattform können sich die Pflegeeinrichtungen zur Teilnahme an dem Projekt anmelden und entsprechende Informations- und Schulungsmaterialien herunterladen.

### TS 3 Kongress - Themen-Special

22. Oktober 2015 | 10.30 Uhr

Neue Pflegedokumentation - weniger Bürokratie, mehr Qualität?

Die praktische Anwendung des neuen Strukturmodells

#### Elisabeth Beikirch

Fachliche Leitung

Implementierungsstrategie Projektbüro  
Ein-STEP, Einführung des Strukturmodells  
zur Entbürokratisierung der  
Pflegedokumentation, Berlin

Elisabeth.Beikirch@ein-step.de



# DAS MUSS SICH ÄNDERN!

## Bislang sind Migranten in den Hilfsorganisationen noch unterrepräsentiert

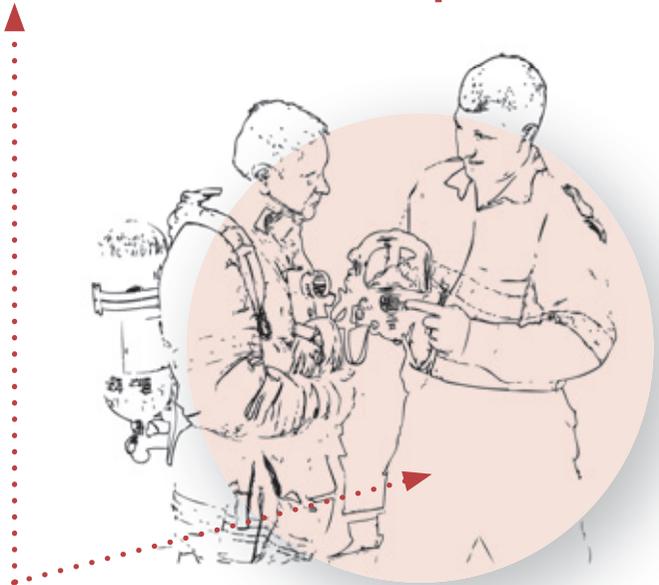
Der Katastrophenschutz braucht Menschen, die sich engagieren. Fakt ist jedoch, dass Migranten in den Hilfsorganisationen bisher unterrepräsentiert sind. Das soll und muss sich ändern. Mit dem Projekt „Protect – Lernen und Helfen im Ehrenamt“ hat das Deutsche Rote Kreuz (DRK) in Berlin bereits Menschen mit Migrationshintergrund für den Katastrophenschutz gewinnen können. Inzwischen ist „Protect“ auch in der Kategorie „Innovative Projekte“ vom Bundesinnenminister mit dem 1. Platz des Förderpreises „Helfende Hand“ ausgezeichnet worden.

Hardy Häusler, Sachgebietsleiter des DRK-Generalsekretariats in Berlin: „Es geht dabei um interkulturelle Öffnung. Dazu muss man erst einmal prüfen, wie offen unsere Gesellschaft für diese tatsächlich ist. Anders ausgedrückt bedeutet das: Wie leicht oder schwer machen wir es Menschen sich bei uns zu engagieren und zwar unabhängig vom Migrationshintergrund.“

In Zusammenarbeit mit internationalen Partnern, allen voran dem Österreichischen Roten Kreuz in Wien und dem Spanischen Roten Kreuz Mataro wurden daher Konzepte vernetzt. „Die Idee war, Bildungsangebote für Menschen zu entwickeln, die an dieser Stelle aktiv werden wollen, und in den Kontext ‚lebenslanges Lernen‘ zu stellen. Das war die Förderbedingung für Erwachsene, also die Grundlagen so zu gestalten, dass ein immer weiterführender Prozess entsteht“, führt Hardy Häusler aus.

„Dabei stellte sich die Frage, was können wir bieten, egal, ob es sich um einen Migranten handelt oder nicht“, erläutert der ConSozial-Referent. „Die Themen sind vielfältig. Es geht beispielsweise um Lehrgänge und Ausbildung, Sozialkompetenz oder Einsatzerfahrung und mehr. Das bedeutet, unser Bildungskatalog ist weit gefasst. Er enthält für nahezu jeden Interessensbereich etwas – von der Trainerausbildung über den Rettungsdienst bis hin zur psychosozialen Ausbildung.“ Hardy Häusler betont: „Nahezu jeder, der heute mit einem Anspruch, einer bestimmten Vorstellung zu uns kommt, wird fündig.“

Wichtig war dem DRK vor allem auch, dass sich die Projektpartner vernetzen und untereinander von ihrem Wissen, ihrer Erfahrung profitieren. Es sei ein reger Austausch entstanden, so Hardy Häusler. Fragen wie:



„Welches Netzwerk brauche ich?“, „Auf welche Migranten-Community gehe ich zu?“, „Wie kommt man hier ins Gespräch“ fanden Antworten – interkulturell immer auf Augenhöhe“, betont der Sachgebietsleiter. „Letztlich haben wir es geschafft, Interkulturalität innerhalb des Roten Kreuzes als Kompetenz zu vermitteln. Für die Migranten gibt es Ausbildungsangebote, dass die Selbsthilfefähigkeit erhöht. Das war der Schlüssel zum Erfolg!“

Durch den Austausch im Netzwerk, die Feinabstimmung habe man es letztlich Werbung und Ansprache von Migranten attraktiver gestaltet.



### B 4 Best Practice

21. Oktober 2015 | 14.00 Uhr  
Gelebte Willkommenskultur -  
Migranten für's Ehrenamt gewinnen

**Hardy Häusler**  
DRK-Generalsekretariat in Berlin

# „WIR MÜSSEN TRAUMATISIERTEN KINDERN HELFEN“

## Herausforderungen und Lösungsansätze interkultureller Bildung und Erziehung

Zwar sind interkulturelle Bildung und Erziehung schon seit den fünfziger Jahren in Deutschland ein Thema, doch die Migration heute erfordert andere Maßnahmen. Weder Länder noch Kommunen sind darauf vorbereitet, traumatisierte Kinder und Jugendliche aufzunehmen und zu begleiten, stellt Prof. Dr. Claudia Ueffing fest, promovierte Pädagogin und Vertreterin des Lehrgebietes „Interkulturelle Bildung“ an der Hochschule für angewandte Wissenschaften München. Frau Ueffing, was unterscheidet heute die Zuwanderung von Asylsuchenden von der im Nachkriegsdeutschland?

In den fünfziger Jahren warb Deutschland aktiv ausländische Fachkräfte an. Man war aber nicht gut darauf vorbereitet, diese Migranten und ihre Familien zu integrieren. Heute ist die Situation noch komplizierter. Die Asylsuchenden stammen vor allem aus Kriegs- und Krisengebieten und bringen zum Teil schwere Traumata mit. Diese Menschen kommen nicht nur wegen eines besseren Lebens oder besserer Bildungschancen: Sie retten teilweise schlicht ihr Leben.

Trotz aller Erfahrungen, sagen Sie, ist Deutschland schlecht darauf vorbereitet, Unterstützung zu leisten. Die Größenordnungen haben sich geändert. Es geht nicht mehr um einzelne Kinder, die hier und da in eine Kita-Gruppe zu integrieren sind, sondern darum, dass beinahe jede Kita mehrere Kinder in jede Gruppe aufnehmen muss. Dafür fehlen die Infrastruktur, das Personal und die notwendigen Grundlagen in den Kita-Gesetzen.

Was heißt das genau und wie ließe sich das ändern? Es gibt keinen systemischen, strukturellen Ansatz. Viele Einrichtungen lösen das bisher hervorragend durch eigenes Engagement und Netzwerkarbeit, aber sie werden von den Behörden nicht ausreichend unterstützt. In den meisten Bundesländern ist es beispielsweise schwierig, interdisziplinäre Teams einzurichten und staatlich bezuschussen zu lassen. Das wäre aber notwendig, um etwa Psychologen und Trauma-Therapeuten einzustellen. Wir müssen uns fragen, was Kitas und Schulen brauchen. Was genau benötigen die Erzieher- und Lehrer-Teams als Unterstützung? Wie viel muss investiert werden? Idealerweise sollten diese Fragen von Vertretern aus Politik, Praxis



und Wissenschaft an einem Runden Tisch diskutiert werden. Auf der politischen Seite sehe ich sowohl das Bundesfamilienministerium als auch die Sozial- und Kultusministerien der Länder in der Pflicht. Es gibt zwar etwa in Bayern einen Leitfaden und auch andere kluge Reaktionen, aber diese reichen noch nicht aus. Womit wäre den Beschäftigten in den Kitas und Schulen am ehesten geholfen?

Ein wichtiger Faktor wäre etwa die Erhöhung des Personalschlüssels. Darüber hinaus ist mehr Elternbetreuung und Netzwerkarbeit notwendig. Zudem würden Psychologen und Trauma-Therapeuten helfen, die regelmäßig vor Ort sind.

In ihrem Vortrag bei der diesjährigen ConSozial stellen Sie die aktuellen Herausforderungen und Lösungsansätze interkultureller Bildung und Erziehung vor. Dabei wollen Sie auch auf Best Practises eingehen. Könnten Sie vorab einige Beispiele nennen?

Ich möchte konkrete Lösungsansätze aufzeigen. Ich stelle beispielsweise vor, wie man Mitarbeiter geschickt einbindet, die eine andere Sprache sprechen. Ich erläutere, wie man mit Musik Erlebnisse für Kinder aus verschiedenen Kulturkreisen schaffen kann. Gelungene Beispiele zeigen, wie man etwa über Elternkooperationen multilinguale Märchenbücher für wenig oder sogar gar kein Geld beschafft. Diese und weitere Ideen sollen die unterstützen, die sich vor Ort engagieren.

Vielen Dank für das Gespräch.

### KITA-Kongress der ConSozial

22. Oktober | 11.00 Uhr & 14.00 Uhr  
Alles neu? Aktuelle Herausforderungen und Lösungsansätze interkultureller Bildung und Erziehung

**Prof. Dr. Claudia M. Ueffing**  
Lehrgebiet „Interkulturelle Pädagogik in Bildung und Erziehung im Kindesalter und Sozialer Arbeit“, Hochschule für angewandte Wissenschaften München  
claudia.ueffing@hm.edu



# GEWALT FÄNGT NICHT ERST BEI SCHLÄGEN AN!

## Ein brisantes Thema in der Pflege, das noch wenig öffentlich diskutiert wird

Was eigentlich bedeutet genau Gewalt in der Pflege? Dieser Frage wird Dr. Ralf Suhr, Vorstandsvorsitzender der gemeinnützigen Stiftung „Zentrum für Qualität in der Pflege“ (ZQP), Berlin, bei der ConSozial nachgehen.

Für den Referenten steht erst einmal fest: „Gewalt in der Pflege hat unterschiedliche Formen und kann alle treffen – auch Pflegekräfte. Diese Erkenntnis dringt aber nur langsam in die fachliche wie in die gesellschaftliche Diskussion.“ Gewalt in der Pflege habe vielerlei Ausprägungen: personelle, strukturelle und kulturelle. Der in der englischsprachigen Fachliteratur verwendete Begriff des Missbrauchs, ‚abuse‘, sei daher für die Umschreibung geeigneter.

Das Thema werde bislang in der Öffentlichkeit noch viel zu wenig beachtet, so Dr. Ralf Suhr. „Dieses Tabu muss gebrochen werden, um Wege zu finden, wie man die Menschen schützt.“ Der Begriff „elder abuse“ umfasst verbal aggressives Verhalten ebenso wie Missachtung der Intimsphäre, finanzielle Ausbeutung oder pflegerische Vernachlässigung. „Auch Gurte oder nicht indizierte Psychopharmaka stellen Missbrauch beziehungsweise eine problematische oder sogar gewalttätige Handlung dar – vom Verlust der Vertrauensbeziehung ganz zu schweigen“, erklärt Dr. Ralf Suhr.

Es gibt bislang nur wenige Studien. Als gesichert kann jedoch gelten, dass in Pflegebeziehungen ein erhöhtes Risiko für aggressionsgeladene oder gar gewalttätige Situationen besteht. „Wenn Gewalt in der Pflege stattfindet, dann ganz überwiegend im nicht öffentlichen Raum. Es wird daher von einer hohen Dunkelziffer ausgegangen“ berichtet Dr. Suhr.

Der Referent wird auch auf die Risikofaktoren eingehen, die vielfältig und individuell ganz unterschiedlich sind. Sie können sowohl beim Pflegebedürftigen als auch beim Pfleger liegen. Pflegefachliche Interventionen zur Prävention von Gewalt in der Pflege gibt es wenige. Ausnahme: Das ZQP hat 2013 die international ausgewiesene Arbeitsgruppe um Prof. Dr. Gabriele Meyer von der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg beauftragt, den Stand der Forschung zu untersuchen und wirksame sowie nachhaltige Maßnahmen und Ansätze zur Prävention zu identifizieren. Neben



systematischen Literaturrecherchen und Übersichtsarbeiten in verschiedenen Fachdatenbanken erfolgte auch eine umfassende Recherche nach Initiativen und wissenschaftlich evaluierten Projekten in Deutschland. Die Ergebnisse waren ernüchternd. Zwar wurden auf nationaler Ebene wissenschaftlich begleitete Projekte zur Gewaltprävention identifiziert. Auch konnten etablierte Initiativen mit wichtigen Unterstützungsangeboten für Pflegebedürftige sowohl für die Familie als auch für professionell Pflegenden recherchiert werden. Es wurden jedoch keine Wirksamkeitsnachweise für Präventionsinterventionen gefunden. Dr. Ralf Suhr: „Wir müssen umfassend für dieses Thema sensibilisieren, es enttabuisieren!“



### F6 Fachvortrag

21. Oktober 2015 | 14.00 Uhr

Gewalt in der Pflege -

Ansätze und Maßnahmen jenseits von Tabu und Skandal

#### Dr. Ralf Suhr

Vorstandsvorsitzender der gemeinnützigen Stiftung

„Zentrum für Qualität in der Pflege“ Berlin

Email: ralf.suhr@zqp.de

# JE FRÜHER, DESTO BESSER

## Wie kann eine frühe Förderung nicht nur für Risikofamilien aussehen?



2007 erschütterte der Fall des kleinen Kevin, der mehrere Wochen in einer Gefriertruhe lag, das ganze Land. Ein „Nationales Zentrum Frühe Hilfen“ wurde daraufhin aufgebaut, ein neues Kinderschutzgesetz folgte 2011. Wie kann darüber hinaus eine gute Förderung nicht nur für Risikofamilien aussehen? Professor Dr. Heiner Keupp und Frau Professor Dr. Luise Behringer zeigen Entwicklungen und Möglichkeiten auf. „Frühe Hilfen – Zwischen Professionalität und Freiwilligenengagement“ lautet ihr Vortrag bei der ConSozial.

In der Vergangenheit gab es bereits verschiedene Initiativen der Familienselbsthilfe wie zum Beispiel Nachbarschaftshilfen oder Familienzentren. Da haben junge Mütter und Väter Projekte gestartet, um eigene Belastungen zu reduzieren und innovative Lösungen in der Familienarbeit zu finden. Auch im Bereich der frühen Förderung sind solche zivilgesellschaftliche Initiativen wichtig. Jetzt müssen diese Prozesse der Familienselbsthilfe professionalisiert werden. Engagierte

ältere Bürger, die von hauptamtlichen Fachkräften geschult und begleitet werden, können dann durch die Projekte „Welcome“ und „Familienpaten“ der Familien im Alltag entlasten und unterstützen.

Auch Eigeninitiative führt oft ein ganzes Stück weiter. Bei einem anderen Projekttyp geht es um Ermutigung von Eltern und Familien, sich durch Erfahrungsaustausch bei der Lösung von Alltagsproblemen zu unterstützen. Beim Projekt „Elterntalk“ laden Eltern andere Eltern zu einem Gesprächskreis ein. Die Gastgeber werden von einem Mediator, begleitet. Es sind Themen des familiären Alltags: Wie geht man mit Anforderungen der Schule um, mit der Mediennutzung oder mit einem Kind, das aggressiv auftritt? Wenn man mit anderen spricht, findet sich oft leichter eine Lösung.

Als drittes schließlich gibt es noch das Projektfeld „Familien- und Mütterzentren sowie Mehrgenerationenhäuser“, in dem inzwischen Eltern sozialraumbezogenen Anlaufstützpunkte für alle Familienthemen geschaffen haben. Es wendet sich an Eltern aus dem Migrations- und Armutsbereich, also den Hauptrisikogruppen. Auch hier geht es um Alltagsunterstützung und nicht um Maßnahmen des Kinderschutzes, die Fachleuten vorbehalten bleiben.

Ein Freiwilligenmanagement, eine Begleitung durch Fachkräfte ist also nötig. Die Grundthese lautet: Freiwilliges Bürgerengagement ist da sinnvoll, wo es noch keine dramatischen Fehlentwicklungen gibt, wo aber Hilfe gewünscht und von Ehrenamtlichen auch noch bewältigt wird. Förderungswürdig ist es, weil es im psychosozialen Feld ein wichtiger Impulsgeber für Innovation ist.



### F1 Fachvortrag

21. Oktober 2015 | 11.30 Uhr  
Frühe Hilfen – Zwischen Professionalität  
und Freiwilligenengagement

**Prof. Dr. Heiner Keupp**  
Ludwig-Maximilians-Universität München  
heinerkeupp@psy.lmu.de

# SCHNELL, KLAR, STRUKTURIERT

## Was bei einer Krise hilft, was einer effektiven Lösung im Wege steht

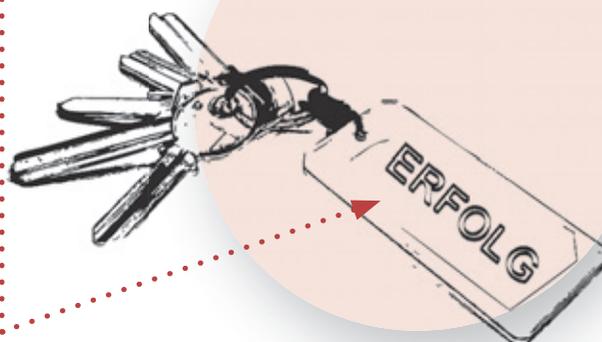
„Wege aus der Krise - Was hilft, was behindert?“, dieser Frage wird Dr. Bernd Schubert vom AWO Landesverband Schleswig-Holstein nachgehen. Mit drei einfachen Worten bringt er die Strategie auf den Punkt: Schnell, klar und strukturiert müssen Ursachen erfasst und Maßnahmen eingeleitet werden.

Der Referent ist zwar erst seit zweieinhalb Jahren bei diesem Landesverband, bringt aber vielfältige Erfahrung ein. Er arbeitet seit 20 Jahren in der Sozial- und Gesundheitswirtschaft und zwar gerade immer da, wo Unternehmen mit wirtschaftlichen Problemen kämpfen. „Ich setze mich schon lange mit diesem interessanten Markt auseinander“, betont er.

Und genau darüber wird er berichten. Er kann bildhaft und gut verständlich darstellen, wie manche Sozialunternehmen in die Krise geraten sind und auch wieder herausgefunden haben. „Ich werde vorstellen, was wir im jeweiligen konkreten Fall gemacht haben, was funktioniert hat und weshalb“, erläutert der Referent. „Es gibt nämlich Maßnahmen, die unter bestimmten Rahmenbedingungen greifen und unter anderen wieder nicht. Wenn es beispielsweise einen Aufsichtsrat gibt, der nur zögerlich entscheidet, dauert eine Sanierung unter Umständen zu lange, kostbare Zeit wird verschwendet.“

„Man darf sich nicht zurück ziehen, wenn eine hohe Belastung entsteht“, so Dr. Bernd Schubert. Als Beispiel nennt er nicht zu Ende gedachte Investitionsentscheidungen, die gefällt wurden. „Das ist manchmal einfach handwerklicher Pfusch!“ Man sollte nicht nur einen Blick auf die Gewinn- und Verlustrechnung werfen, sondern auch die Liquidität im Auge behalten. „Das war vor allem ein Grund bei der AWO.“

Hier wurden etwa Immobilien mit Annuitäten-Darlehen finanziert. „Die Tilgungsbeträge nehmen über die Laufzeit zu. Dies wirkt sich auf den Cashflow am Anfang zwar positiv, am Ende aber negativ aus. Die Entwicklung endet in einer Liquiditätskrise.“ Um die Liquidität zu retten, müsse man mit den Partnern verhandeln, dass sofort entsprechende Maßnahmen wie



etwa mit den Banken Tilgungsreduzierungen oder mit ver.di sanierende Tarifvereinbarungen ergriffen würden, damit man handlungsfähig bleibe.

Dann ist ein funktionsfähiges Steuerungssystem zu schaffen. Der wirtschaftliche Erfolg jeder Einrichtung muss sichtbar gemacht werden und in eine unternehmerische Steuerung auf der Basis eines verlässlichen Berichtswesens aus Leistungsdaten, Personaldaten und Budgetberichten eingebunden werden. Geschäftsführung und Leitungskräfte müssen regelmäßig im Gespräch über positive und negative Entwicklungen stehen und frühzeitig über Maßnahmen entscheiden. Wenn alle Handlungsmöglichkeiten ausgeschöpft sind, darf man auch vor der Schließung von Angeboten nicht zurückschrecken.

„Außerdem braucht man flankierende Maßnahmen“, so Dr. Bernd Schubert. „Bei der AWO Schleswig-Holstein, bei der eine starke Mitbestimmung herrscht, wären da zuerst einmal Gespräche mit den Betriebsräten zu führen, sie zu überzeugen. Denn: Wenn diese blockieren, geht erst einmal gar nichts.“



### BIO Best Practice

21. Oktober | 16.30 Uhr  
Wege aus der Krise - Was hilft, was behindert?

#### Dr. Bernd Schubert

Geschäftsführer AWO Landesverband Schleswig Holstein e. V.  
email: Bernd.Schubert@awo-sh.de

# DIE IM DUNKELN SIEHT MAN NICHT

## Von der Schwierigkeit junge Menschen in komplexen Problemlagen zu erreichen

Vor allem bei Jugendlichen in komplexen Problemlagen, die in Randgruppen leben und so schwer, kaum oder gar nicht mehr innerhalb der Erwerbs-, Bildungs- und Sozialsysteme erreichbar sind, wächst der „extreme Kern“ kontinuierlich. Mit den bestehenden Strukturen und Konzepten der Jugendsozialarbeit ist fast nichts mehr auszurichten. Über die Schwierigkeiten, zu diesen jungen Menschen, die zwischen 14 und 27 Jahre alt sind, durchzudringen, spricht Professor Dr. Joachim König von der Evangelischen Hochschule Nürnberg.

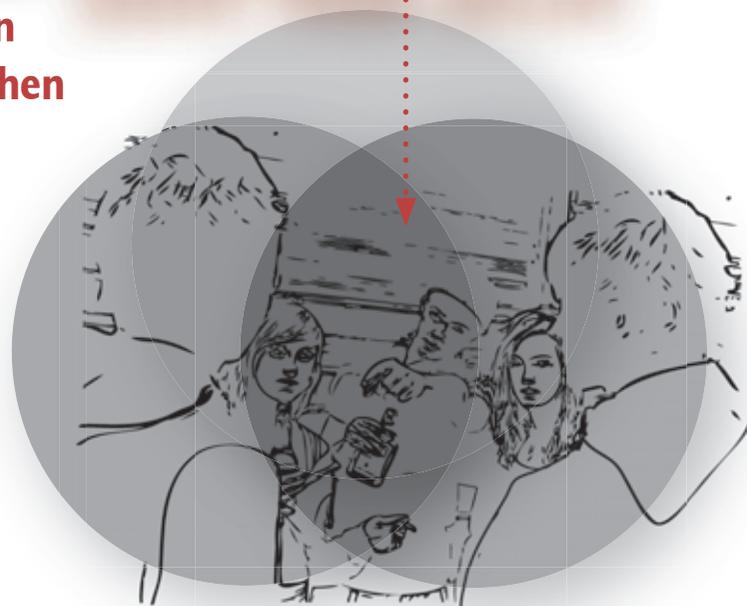
Über ein Drittel der befragten Jugendlichen fühlt sich nicht als Teil der Gesellschaft, stellen Professor Dr. Joachim König und Anne-Sophie Köhler, ebenfalls Mitarbeiterin am Institut für Praxisforschung und Evaluation (IPE), in ihrer Studie fest. Die Ursachen der Entkoppelung und Abgrenzung sind komplex. Wichtigster Indikator einer gesellschaftlichen Zugehörigkeit ist, dass Menschen in und für diese Gesellschaft etwas leisten, also eine Ausbildung absolvieren und danach im erlernten Beruf arbeiten. Der Entwicklung von realistischen Zukunftsperspektiven stehen hier jedoch massive Verunsicherungen und Unsicherheiten entgegen, sowohl mit Blick auf den Zugang zur Ausbildung als auch auf deren Abschluss. Dies ist im Zusammenhang mit einer generellen beruflichen Orientierungslosigkeit und mit fehlenden Erfahrungen, wie man selbst wirksam agieren kann, zu sehen.

Im persönlichen und familiären Bereich der genannten Jugendlichen liegen außerdem in der Regel massive Defizite vor. Schwerwiegende Risikofaktoren sind dabei lebenskritische und traumatische Erlebnisse. Bei den Eltern gibt es erzieherische Defizite, die es anzugehen gilt, falls die Genannten überhaupt verfügbar sind.

### F7 Fachvortrag

21. Oktober 2015 | 14.00 Uhr  
Die im Dunkeln sieht man nicht

**Prof. Dr. Joachim König**  
Evangelische Hochschule Nürnberg  
joachim.koenig@evhn.de



Zugang findet man, in dem man generiertes Wissen systematisiert und allen Akteuren zur Verfügung stellt. Soziale Arbeit braucht Optimierung – vor allem, indem sich Fachkräfte und Dienste besser vernetzen.

Die Schule etwa, die zunehmend mehr mit erzieherischen Aufgaben konfrontiert ist, stellt einen zentralen Weg dar, die Zielgruppe rechtzeitig zu erreichen. Die Förderung von non formalen Kompetenzen durch Bildungsangebote sowie eine stärkere Ressourcenorientierung sind wichtige Ansätze, um positive Selbstwirksamkeitserfahrungen zu gewährleisten, die enorm dazu beitragen, komplexe Problemlagen zu bewältigen.

Im sozialen und familiären Umfeld existieren keine beziehungsweise wenige Vorbilder – im Gegenteil: Es ist von Beziehungsabbrüchen geprägt. Wichtig wäre eine verlässliche Bezugsperson, die begleitet und den Kontakt mit der Familie hält. Klare und konsistente Strukturen sind Voraussetzung für eine entsprechende Entwicklung. So gilt es einfache Strategien zu erlernen. Die unterschiedlichen Beteiligten können in den relevanten Feldern der Sozialarbeit vernetzt zusammenarbeiten, eine zentrale Voraussetzung, um zu verhindern beziehungsweise vorzubeugen, dass junge Menschen in ein Dunkelfeld ‚abgleiten‘.

Fazit: Eine maximale Niedrigschwelligkeit der Angebote stellt für diese jungen Menschen eine optimale Brücke zurück in gesellschaftliche Bildungs-, Erwerbs- und Sozialsysteme dar. Für junge Volljährige gibt es jedoch nicht genügend Hilfsangebote. Die Zuständigkeiten müssen daher besser vernetzt, die Angebote ausgeweitet werden.

# DAMIT ALLE ZU IHREM RECHT KOMMEN!

## Ombudsstellen als Instrumente der Qualitätsentwicklung in der Kinder- und Jugendhilfe

Die Rechte von Eltern und jungen Menschen in der Kinder- und Jugendhilfe zu sichern, ist seit einigen Jahren ein wichtiges Thema der sozialpädagogischen und jugendhilferechtlichen Fachdebatte wie auch der Umgang mit Konflikten zwischen jungen Menschen, Familien und den Trägern der Jugendhilfe. Wie Eltern und junge Menschen künftig besser zu Ihrem Recht kommen (können), darüber spricht Professor. Dr. Dr. h.c. Reinhard Wiesner, Honorarprofessor an der Freien Universität in Berlin und Rechtsanwalt.

Zwar gelten auch im Anwendungsbereich des Kinder und Jugendhilferechts (SGB VIII) – in einem Rechtsgebiet, das im Jahre 1990 als Teil des Sozialgesetzbuchs kodifiziert worden ist - die allgemeinen rechtlichen Garantien, allen voran das Rechtsstaatsprinzip und die Rechtsweggarantie. Hinzu kommen aber auch die allgemeinen Vorschriften des SGB I und X sowie die bereichsspezifischen Vorschriften des SGB VIII, wie das Wunsch- und Wahlrecht (§ 5), die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen (§ 8 SGB VIII), die Regelungen zum Hilfeplanverfahren (§ 36 SGB VIII) und im Hinblick auf Einrichtungen die Vorschriften zum Schutz von Kindern und Jugendlichen, die dort untergebracht sind (§ 45 ff SGB VIII). Angesichts dieser rechtlichen Garantien wird die Forderung nach der Einrichtung unabhängiger Beratungs- und Schlichtungsstellen in der Jugendhilfe von vielen Seiten kritisch bis ablehnend gesehen.

Bei genauerer Betrachtung wird jedoch deutlich, dass in der Kinder- und Jugendhilfe spezifische Rahmenbedingungen zu berücksichtigen sind. Worum es dabei im Einzelnen geht, darüber spricht Dr. Dr. h.c. Reinhard Wiesner bei der diesjährigen ConSozial.

„Mit Blick auf andere Rechtsgebiete, in denen es in den letzten Jahren zur Etablierung von Beauftragten beziehungsweise von Schlichtungsstellen gekommen ist, muss geprüft werden, welche Anforderungen an Beratungs- und Schlichtungsstellen in der Jugendhilfe zu stellen sind“, so der Referent. „In den letzten Jahren wurden in vielen Regionen Projekte von Beratung und Ombudschaft entwickelt. Aus diesen Modellen können wir wichtige Erkenntnisse für die künftige Gestaltung des Profils von Beratungs- und Schlichtungsstellen gewinnen“, so Dr. Dr. h.c. Reinhard Wiesner.



Auch wenn das Thema in den letzten Jahren im Zusammenhang mit der Debatte, Kinderrechte (in Einrichtungen) besser zu sichern neuen Auftrieb erhalten hat, so sind doch noch viele Vorbehalte zu überwinden. „Nur wenn es gelingt, deutlich zu machen, dass es weder um grundsätzliches Misstrauen gegenüber der Arbeit in den Jugendämtern noch um den Aufbau von Doppelstrukturen geht, sondern um ein wichtiges Element der Qualitätsentwicklung, von dem beide Seiten profitieren, werden sich die Vorbehalte ausräumen lassen“, so Prof. Dr. Dr. h.c. Reinhard Wiesner.



### F 25 Fachvortrag

22. Oktober 2015 | 13.00 Uhr

Ombudsstelle für Kinder- und Jugendliche: überfällig oder überflüssig?

#### Prof. Dr. Dr. h. c. Reinhard Wiesner

Rechtsanwalt und Honorarprofessor an der Freien Universität Berlin, Fachbereich Erziehungswissenschaften und Psychologie, bis 2010 für das Kinder- und Jugendhilferecht verantwortlicher Referatsleiter im Bundesfamilienministerium  
wiesner@msbh.de

# MEHR SELBSTBESTIMMUNG!

## Nur Fürsorge und Versorgung von Menschen mit Behinderung genügen nicht

Fürsorge und Versorgung von Menschen mit Behinderung, wie wir sie häufig kennen, genügen nicht mehr. Denn die Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen erfordert, die Behindertenhilfe und ihre Logik umzugestalten. Es geht um mehr Selbstbestimmung. Wie diese umzusetzen ist, wie man unterstützt, ohne dass die Betroffenen alleine gelassen, aber auch nicht gleichzeitig „bevormundet“ werden, darüber spricht Professorin Dr. Elisabeth Wacker, Inhaberin des Lehrstuhls Diversitätssoziologie an der Technischen Universität (TU) München, bei der ConSozial.

Alle Ebenen, Bund, Länder und Kommunen, sind hier gefragt. „Es gilt beispielsweise nicht nur aufzuzählen, wie viele Einrichtungen vorhanden sind, sondern auch, welche Wirkung sie haben“, so die Professorin. Mit gelebten Aktionsplänen und neuen Formen der Berichterstattung liegt der Fokus auf Teilhabe. Die Lebenslagen von Menschen mit Beeinträchtigungen sollen erkundet und damit auch traditionelle Leistungsstatistiken abgelöst werden. So seien zukünftig auch über räumlich-soziale Bedingungen und passende Infrastrukturen Teilhabechancen zu messen, erklärt die ConSozial-Referentin. „Dies entspricht auch der internationalen Klassifikation von Behinderung der Weltgesundheitsorganisation“.

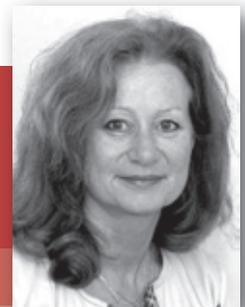
„Konkret wird hier am Beispiel der Pionierleistung zweier deutscher Großstädte berichtet, wie vor Ort unter wissenschaftlicher Begleitung eine neue Planungs- und Entwicklungskompetenz entsteht, die auf eine kommunale Entwicklung für alle ausgerichtet ist“, so Professorin Dr. Wacker. Dabei werden Teilhabechancen und -einschränkungen in acht Feldern aufgedeckt: Familie und soziales Netz, Bildung und Ausbildung, Erwerbsarbeit und Einkommen, Alltägliche Lebensführung, Freizeit, Kultur und Sport, Politik und Öffentlichkeit, Gesundheit, Sicherheit und Schutz vor Gewalt.

Ansatzpunkte sind dabei konkrete Bezüge zur Lebenswelt sowie aufscheinende Handlungsspielräume für neue kommunale Planung und Entwicklung für alle, eingebunden in partizipative Prozesse. Damit sollen für Menschen mit Behinderung entsprechende Unterstützungsstrukturen im unmittelbaren Umfeld identifiziert und auch bewertet werden können. „Dabei kommt der Analyse von sozialen Räumen eine erhebliche Bedeutung zu“ betont die Professorin.

Teilhabechancen neu und anders zu denken, stellt zu-



gleich eine große Herausforderung in der kommunalen Ressortstruktur dar. „Denn: Um eine kommunale Berichterstattung über Menschen mit Behinderung sozialraumorientiert anzulegen, muss die Erhebung der Daten entsprechend ressortübergreifend ausgerichtet sein. Passende Indikatoren sind festzulegen. „Gelingt dies, entwickeln sich zugleich Chancen, die entsprechenden Maßnahmen und Infrastrukturen wirkungsorientiert zu bewerten“, so Professorin Dr. Elisabeth Wacker. Sie wird auch auf Erfahrungen basierend darlegen, wie vor Ort die erforderliche Offenheit für solche Veränderung entstehen kann und wer einbezogen sein sollte.



### F4 Fachvortrag

21. Oktober 2015 | 14.00 Uhr  
Teilhabe: messen, planen und gestalten

#### Prof. Dr. Elisabeth Wacker

Leiterin des Lehrstuhls für Diversitätssoziologie  
Technische Universität München  
email: [elisabeth.wacker@tum.de](mailto:elisabeth.wacker@tum.de)

mit Messe-Forum  
**KITA 2015**



**KITA**  
Kongress  
der ConSozial

**KITA in der  
Balance**  
Zwischen  
Stabilität und  
Bewegung

**22. Okt. 2015**  
NürnbergMesse



[www.consozial.de/kita-kongress](http://www.consozial.de/kita-kongress)

**Neue Impulse aus der Praxis für die Praxis!**

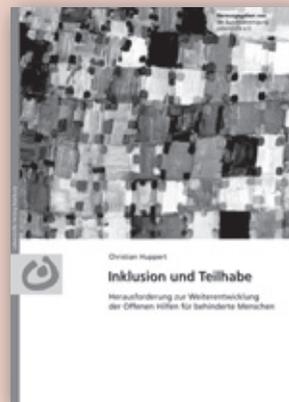
Christian Huppert

## **Inklusion und Teilhabe** Herausforderung zur Weiterentwicklung der Offenen Hilfen für behinderte Menschen

Lebenshilfe-Verlag Marburg | 1. Auflage 2015 |  
240 Seiten | 25,00 Euro  
ISBN-Nummer 978-3-88617-219-1

Offene Hilfen haben sich seit ihrer Gründung nachhaltig etabliert und professionalisiert. Aus engagierten Initiativen sind selbstbewusste Dienste geworden, einige haben sich zu großen und differenzierten Organisationen entwickelt. Die Dissertation untersucht, ob sich die Dienste durch die Diskussion um Teilhabe und Inklusion zur Weiterentwicklung herausgefordert fühlen, inwiefern Anstöße erkennbar sind und wirksam werden zu einer veränderten Haltung sowie zu angepassten Leistungen und Strukturen und welche Hemmnisse oder Hürden identifiziert werden können, die Veränderungen erschweren.

Dazu wurden Leitungen, Mitarbeitende, Eltern sowie Nutzer(innen) sehr unterschiedlicher Dienste interviewt. Es wurde deutlich, dass kreatives und flexibles Potenzial in den Diensten der Offenen Behindertenhilfe liegt für Schritte in Richtung der Vision einer inklusiven Gesellschaft und für das damit verbundene selbstkritische Reflektieren und strukturelle Verändern der eigenen Systeme.



### *Impressum*

*Bayerische Sozialnachrichten*  
Zeitschrift der Landesarbeitsgemeinschaft  
der öffentlichen und freien Wohlfahrtspflege in  
Bayern (ISSN 1617-710X)

*Herausgebende*

Robert Scheller, Vorsitzender  
Gisela Thiel, Stellvertretende Vorsitzende  
Hendrik Lütke, Geschäftsführer  
*Verlag:* Landesarbeitsgemeinschaft der öffentli-  
chen und freien Wohlfahrtspflege in Bayern  
Nördl. Auffahrtsallee 14, 80638 München  
Telefon 089/153757- Telefax 089/15919270  
E-Mail: LAGoefW-Bayern@t-online.de  
Internet: [www.lagoefw.de](http://www.lagoefw.de)

*Redaktion und Anzeigen*

Hendrik Lütke (verantwortlich)  
Nördl. Auffahrtsallee 14 | 80638 München

Gültig ist die Anzeigenpreisliste vom 1.1.2014.

Namentlich gezeichnete Beiträge geben die Mei-  
nung des Verfassers wieder. Nachdruck nur unter  
Quellenangabe gestattet.

*Redaktionsschluss*

der Ausgabe 4/2015: 1. Oktober 2015  
Die *Bayerischen Sozialnachrichten*  
erscheinen in jährlich fünf Ausgaben  
mit Beilage der Zeitschrift „Pro Jugend“.



Dieses Projekt wird gefördert durch:

Bayerisches Staatsministerium für  
Arbeit und Soziales, Familie und Integration

// **Zukunftsministerium**  
Was Menschen berührt.

*Abonnementpreis*

incl. Versandkosten u. Mehrwertsteuer  
24,30 Euro pro Jahr. Kündigung des  
Jahresabonnements schriftlich bis sechs  
Wochen zum Jahresende. Bei Abon-  
nenten, die am Lastschriftverfahren  
teilnehmen, wird der Jahresbetrag ohne  
Rechnungsstellung eingezogen.

*Layout und Produktion:*

Inge Mayer Grafik & Werbung  
Amundsenstr. 8,  
85055 Ingolstadt  
Tel. 0841/456 77 66  
Email: [ingemayer@t-online.de](mailto:ingemayer@t-online.de)

*Druck:* Jugendwerk Birkenack  
Birkenack, 85399 Hallbergmoos

## Fünf Millionen Euro Selbsthilfe-Förderung von den gesetzlichen Krankenkassen

Die gesetzlichen Krankenkassen und ihre Verbände in Bayern fördern die gesundheitsbezogene Selbsthilfe im Jahr 2015 mit 5,4 Millionen Euro.

Die Hälfte der Fördersumme geht direkt an die rund 2.200 bayerischen Selbsthilfegruppen für ihre Arbeit vor Ort. Die Selbsthilfegruppen werden von Betroffenen organisiert und getragen und leisten ihren Beitrag zur Patientenautonomie.

Des Weiteren erhalten 55 Landesorganisationen der Selbsthilfe über 760.000 Euro für ihre speziellen Aufgaben. Sie beraten und vernetzen die angeschlossenen Selbsthilfegruppen, organisieren Schulungen, Seminare, Konferenzen und Tagungen für ihre Mitglieder, erstellen Informationsmaterialien und sind Interessensvertreter im gesundheits- und sozialpolitischen Bereich.

Die dritte Säule der Selbsthilfearbeit bilden die Selbsthilfekontaktstellen. Sie bieten Dienstleistungen und infrastrukturelle Hilfen zur Gründung, Unterstützung und Stabilisierung von Selbsthilfegruppen, stärken die Kooperation der Selbsthilfegruppen untereinander und fördern die Zusammenarbeit mit Ärzten, Apotheken und anderen Akteuren im Gesundheitswesen.

Mit insgesamt 1,3 Millionen Euro unterstützt die Fördergemeinschaft diese wichtige Arbeit der 31 bayerischen Selbsthilfekontaktstellen.

© Arbeitsgemeinschaft der  
Krankenkassenverbände in Bayern

## Auftrag an Politik: Mehr tun für Inklusion

„Das gemeinsame Lernen von Kindern mit und ohne Handicap wird längst mehrheitlich von Lehrern und Eltern gewollt, das belegt auch eine veröffentlichte Studie“, betonte Udo Beckmann Bundesvorsitzender vom Verband Bildung und Erziehung e. V. (VBE). „Umso mehr steht aber die Politik in der Pflicht, die notwendigen Gelingensbedingungen an den Schulen zu sichern. Dass Eltern zu einem hohen Prozentsatz die Lehrer an inklusiven Schulen sehr wertschätzen, macht deutlich, wie fehlende Rahmenbedingungen durch großes Engagement der Kollegien ausgeglichen werden.“ Das könne und dürfe aber nicht die Lösung sein.

Beckmann betont unter Hinweis auf die forsa Repräsentativbefragung im Auftrag des VBE vom Mai 2015: „57 Prozent der Lehrer bundesweit befürworten die Inklusion, vorausgesetzt die personellen und

finanziellen Ressourcen sind gegeben. 90 Prozent der Lehrer halten eine ständige Doppelbesetzung aus Lehrer und Sonderpädagoge in inklusiven Gruppen für notwendig. Eltern und Lehrer kommen in Bezug auf eine gelingende Inklusion zu der gleichen Einschätzung: Die Schulwirklichkeit ist bestimmt durch einen Mangel an Sonderpädagogen in den Regelschulen, durch zu große inklusive Lerngruppen, durch einen Mangel an passenden Klassenräumen, fehlende Barrierefreiheit und unzureichende Fortbildungsangebote. Damit stehen nach Ansicht des VBE die Bedingungen für die Umsetzung der schulischen Inklusion klar im Widerspruch zur UN-Behindertenrechtskonvention.“

Die forsa Repräsentativbefragung finden Sie unter:

[www.vbe.de/presse/meinungsumfragen.html](http://www.vbe.de/presse/meinungsumfragen.html)

© Verband Bildung und Erziehung e. V.

Anzeige -

### Partner der Arbeitsgemeinschaft der öffentlichen und freien Wohlfahrtspflege in Bayern



- Versicherungslösungen, Risikominimierung und Schadenbetreuung
- Gestaltung von Altersvorsorgelösungen
- Versicherungsstelle für Menschen mit Behinderung und chronisch Kranke  
[www.versicherungsstelle-ccb.de](http://www.versicherungsstelle-ccb.de)



Ecclesia / Union  
Versicherungsdienst GmbH  
Niederlassung München  
Werner-Eckert-Straße 11  
81829 München  
Tel: 089/741154-0 - Fax: 089/741154-910

**Bitte beachten Sie in  
dieser Ausgabe die Beilage**

**Freisinger Appell  
Wohnen für alle ermöglichen  
den Großraum gemeinsam gestalten**

Kontakt und weitere Informationen:  
Wohnungslosenhilfe Südbayern  
Thomas Duschinger  
Plattnerstr.2 | 81543 München | Tel: 089/663731  
Email: [duschinger@wohnungslosenhilfe-muenchen.de](mailto:duschinger@wohnungslosenhilfe-muenchen.de)



Weitere Informationen unter folgendem Link:

[www.wohnungslosenhilfe-bayern.de/index2.html](http://www.wohnungslosenhilfe-bayern.de/index2.html)

## Freundschaft international

In Sachen Toleranz könnten sich viele Erwachsene an Kindern ein Beispiel nehmen. Immer mehr Kinder freunden sich mit Menschen an, die aus einem anderen Land kommen.

Innerhalb der vergangenen fünf Jahre habe sich die Zahl internationaler Kinderfreundschaften fast verdoppelt, berichtet das Apothekenmagazin „Baby und Familie“ unter Berufung auf das „LBS-Kinderbarometer“, für das bundesweit 11.000 Kinder zwischen neun und 14 Jahren befragt wurden. Waren es 2009 noch 38 Prozent, die sagten, sie seien mit Kindern anderer Herkunft befreundet, waren es in der aktuellen Befragung 60 Prozent.

© Apothekenmagazin  
„Baby und Familie“ 2/2015

## Kita-Kinder sind fitter

Kinder, die früh in eine Kita kommen, profitieren davon. „Sie haben eine bessere Sprachkompetenz, Körperkoordination, Hand-Auge-Koordination, weniger Probleme beim Zählen und sind seltener übergewichtig“, berichtet Dr. Regina von Görtz, wissenschaftliche Leiterin beim Projekt „Kein Kind zurücklassen“ der Bertelsmann-Stiftung. Ihr Team hat dies bei einer Analyse von 5000 Schuleingangsuntersuchungen festgestellt. Das positive Ergebnis sei allerdings kein Automatismus. Die Kita-Gruppen müssten sozial gut gemischt sein, und: „Kitas in sozialen Brennpunkten brauchen mehr Geld, mehr Personal und bessere Ausstattung“, so von Görtz. Sie rät Kitas zudem, mit Sportvereinen zusammenzuarbeiten. Auch diese hätten einen sehr positiven Einfluss auf die kindliche Entwicklung.

© Apothekenmagazin  
„Baby und Familie“ 6/2015

Fachausschuss Schuldnerberatung

**Einladung zur  
16. Bayerischen Jahrestagung  
Schuldnerberatung**

**Back to the roots**

**11. bis 12. November 2015**

Haus St. Ulrich | Augsburg

**Programm/Anmeldung: [www.lagoefw/news](http://www.lagoefw/news)**

AG Betreuungsvereine

**Qualität sichern  
„Andere Hilfen“ nutzen  
Ehrenamt fördern**



## Fachtag

**Regionale Netzwerke und Kooperationen  
in der Rechtlichen Betreuung in Bayern**

**23. September 2015**

Regierung von Oberfranken | Ludwigstraße 20 | Bayreuth

**LAG Ö/F.** Nachdem die erste Durchführung des Fachtages „Regionale Netzwerke und Kooperationen in der Rechtlichen Betreuung in Bayern“ der LAG Ö/F am 15. Juni 2015 in Augsburg erfolgreich stattgefunden hat, möchten wir Sie über die zweite Veranstaltung für die Region Franken informieren.

Die Entwicklung der Rechtlichen Betreuung in Bayern und der Ausbau der Querschnittsarbeit der Betreuungsvereine ist der LAG Ö/F ein großes fachliches Anliegen, auch im Kontext der finanziellen Förderung. Für beide Anliegen setzten wir uns

immer wieder ein.

Mit der Durchführung von drei außerordentlichen Fachtagen in Bayern - in Augsburg, Regensburg und Bayreuth - werden wir den fachlichen Ausbau der Kooperation in den Regionen, die Förderung des Ehrenamts und die konzeptionelle Umsetzung der Vermittlung der sogenannten „Anderer Hilfen“ ebenfalls entscheidend mit voranbringen. Wichtiger Aspekt ist dabei die Zusammenarbeit von Ehrenamtlichen mit Richtern und Rechtspflegern.

Beteiligen auch Sie sich an der konzeptionellen Weiterentwicklung mit

dem Ziel eines flächendeckenden Ausbaus der Kooperation in der Rechtlichen Betreuung. Zusammen mit Ihnen als Akteure in der Rechtlichen Betreuung, mit Vertretern des Sozial-, des Justiz- und Gesundheitsministeriums, wie auch der Bayerischen Politik und ausgesuchten Referenten informieren wir uns über die Entwicklungen.

Die Fachvorträge „Rechtliche Betreute im Mittelpunkt - Entwicklungsbedarfe und die Notwendigkeit von Netzwerken in der Rechtlichen Betreuung“, Referent ist Axel Bauer, Betreuungsrichter am Amtsgericht Frankfurt und „Qualitätsgesicherte Querschnittsarbeit - Strukturen und Prozesse als Chance für gelingende Ehrenamtliche Betreuung“, Referentin ist Barbara Dannhäuser, Katholischer Verband Sozialer Dienste Deutschland, bieten dazu den Einstieg. Der Nachmittag ist der Arbeit in Workshops zur persönlichen Schwerpunktsetzung gewidmet.

Wir hoffen, Sie als wichtige Akteure in der Rechtlichen Betreuung in der Region am 23. September 2015 in Bayreuth begrüßen zu können. Für haupt- und ehrenamtliche Mitarbeitende in Betreuungsvereinen und in der Justiz werden die Kosten für die Teilnahme übernommen.

Sie können sich bereits anmelden. Information und Anmeldung finden auf unserer Homepage

[www.lagoefw.de/news](http://www.lagoefw.de/news)

Der dritte Fachtag findet Ende diesen Jahres in Regensburg statt.

Anzeige -



**Fürsorge.**  
Wir sichern Sie ab.

Als Spezialversicherungsmakler für Einrichtungen der Wohlfahrtspflege, Hilfsorganisationen und öffentlich-rechtliche Einrichtungen in Bayern entwickelt Funk Humanitas bedarfsgerechte Versicherungskonzepte und unterstützt in Schadenfällen, wobei Preis und Leistung stimmen. Gern beraten wir Sie ausführlich - als Ihr unabhängiger Interessenvertreter.

Funk Humanitas GmbH  
Herr Thomas Ollech  
Herr Rüdiger Bexte  
fon +49 89 5446810

FUNK-GRUPPE.COM



INTERNATIONALE VERSICHERUNGSMAKLER UND RISK CONSULTANTS



# System der Jugendhilfe ist überfordert

## Zahl von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen steigt

**Bayerischer Städtetag.** Die Zahl der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge kann dieses Jahr in einigen Regionen offenbar bis zum Fünffachen des Vorjahres steigen. Dort müssen Notfallpläne vorbereitet und teilweise bereits umgesetzt werden. Denn die Aufnahme der jungen Flüchtlinge erfolgt in der kommunalen Jugendhilfe, was sehr aufwendig ist. Eine bundesweite Verteilung soll ab Januar 2016 den Freistaat Bayern entlasten.

Die Aufnahme unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge stellt vor allem die bayerischen Städte an wichtigen Transitrouten von Süden nach Norden aus Italien und von Osten nach Westen vom Balkan sowie Städte in Grenznähe vor extreme Herausforderungen. Die Städte Pas-

genommen. Diese jungen Menschen müssen im System der Jugendhilfe aufgenommen werden. Die Jugendhilfe war bisher weder für diese hohe Zahl noch für die unterschiedlichen Bedürfnisse der jungen Flüchtlinge eingerichtet. Ein Teil der jungen Menschen ist durch die lange Flucht traumatisiert. Nach der Inobhutnahme schließt sich die Prüfung des Jugendhilfebedarfs an.

Die Betreuung von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen ist keine direkte Aufgabe der örtlichen Gemeinschaft. Die Bewältigung der Folgen von internationalen und dramatischen Fluchtbewegungen ist letztlich eine staatliche Aufgabe.

Es müssen jeweils Plätze in Jugendhilfeeinrichtungen zur Verfügung

diese jungen Menschen nicht mehr in Einrichtungen weiter vermitteln können, sind ihre Aufnahmekapazitäten voll und neu ankommende Flüchtlinge können nicht mehr aufgenommen werden. Daher läuft derzeit eine landesweite Verteilung, die ab 1. Januar 2016 durch eine bundesweite Verteilung unterstützt werden soll vorausgesetzt, dass das neue Bundesgesetz rechtzeitig in Kraft tritt. Jedoch hält sich die Begeisterung in den anderen Bundesländern in Grenzen.

Der Freistaat Bayern hat nun erkannt, dass das örtlich tätige Jugendhilfesystem von diesen Flüchtlingszuzügen überfordert ist und will mit finanziellen Anreizen die landesweite Verteilung verbessern. Der Freistaat hat außerdem zugesagt, nach Einführung der bundesweiten Verteilung die bundesweiten Kosten der Jugendhilfe für in Bayern betreute junge Flüchtlinge zu übernehmen. Damit kommt der Freistaat endlich den seit langem erhobenen Forderungen des Bayerischen Städtetags nach.

Der Zuzug junger Flüchtlinge belastet die kommunale Jugendhilfe, vor allem in grenznahen südbayerischen Städten und Landkreisen. Sie müssen teilweise ihre Haushalte umstrukturieren und freiwillige Leistungen einschränken, damit die Versorgung der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge sichergestellt werden kann. Sollte die jetzt geplante landesweite Verteilung nicht ausreichenden Erfolg bringen, müsste doch wieder über zentrale staatliche Aufnahmeeinrichtungen auch für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge nachgedacht werden.



Foto: kinsey by freeimages

sau, Rosenheim und München sind derzeit am stärksten betroffen. Die jungen Flüchtlinge werden von der Bundespolizei aus Zügen, Bussen und Schlepperfahrzeugen herausgeholt und der örtlich zuständigen Jugendhilfe übergeben.

Zum Beispiel hat die Stadt Passau bis Mai 2015 über 600 unbegleitete minderjährige Flüchtlinge in Obhut

gestellt werden. Solche Plätze sind in Bayern knapp, da inzwischen die letzten Reserven bereits mit rund 8.500 unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen belegt sind. Die Schaffung neuer Plätze ist schwierig geworden, weil der Arbeitsmarkt für geeignete Erzieher leergefegt ist.

Wenn stark belastete Städte wie Passau, Rosenheim und München

## Arbeiterwohlfahrt verdoppelt Zahl der Auszubildenden in der Altenpflege



**Arbeiterwohlfahrt.** Immer mehr Menschen leben länger, etliche werden sogar hochbetagt. Das ist eine Tatsache. Eine Tatsache ist aber auch, dass das Erreichen eines Alters jenseits von 75 Jahren allzu oft mit gravierenden gesundheitlichen Beschwerden einhergeht, weshalb zahlreiche alte Menschen pflegebedürftig sind.

Die Zahl derjenigen, die Unterstützung benötigen, steigt unaufhaltsam, prognostiziert das Bundesamt für Statistik: In Bayern waren im Jahr 2010 rund 327.000 Frauen und Männer pflegebedürftig. Im Jahr 2060 sollen es 677.000 sein, über 50 Prozent mehr. Auf kommunaler Ebene wird die Situation mancherorts noch brenzlicher sein: Im Landkreis München rechnet man bis zum Jahr 2030 mit einem Anstieg der Zahl der Pflegebedürftigen von bis zu 100 Prozent. Das ist im Rahmen des „Pflegerports 2030“ der Bertelsmann-Stiftung erhoben worden.

In derselben Untersuchung haben die Statistiker errechnet, dass bis zum Jahr 2030 in Bayern exakt 68.124 in Vollzeit arbeitende Pflegekräfte fehlen werden. Ob man diese Berechnung nun als Versorgungslücke oder Pflegenotstand bezeichnet, ist letztlich Wortklauberei. Dringender Handlungsbedarf besteht aber auf jeden Fall. Und das ist eine weitere Tatsache.

Selbstverständlich begrüßt und unterstützt die Arbeiterwohlfahrt die Herzwirker-Kampagne des bayerischen Gesundheitsministeriums, mit der in der Öffentlichkeit für den Pflegeberuf geworben wird und dieser die überfällige Aufmerksamkeit und Wertschätzung erfahren soll. Genau so selbstverständlich aber kümmert

sich die AWO in Eigenregie um die Nachwuchsgewinnung in der Altenpflege - mit anhaltendem Erfolg.

Während die zuständige Staatsministerin Melanie Huml Anfang dieses Jahres mit einer Steigerung der Ausbildungszahlen bayernweit um rund 28 Prozent seit 2009 gewonnen hat, konnte die AWO im selben Zeitraum die Zahl ihrer Ausbildungsplätze mit 46,7 Prozent fast



Foto: freeimages by Alexander Sperl

verdoppeln. Im Schuljahr 2014/2015 hat die AWO insgesamt 845 Ausbildungsplätze in der stationären und ambulanten Pflege vergeben; im Schuljahr 2008/2009 waren es 454. Auf diese Verdoppelung sind wir im Interesse der Pflegebedürftigen und mit Blick auf die Arbeitssituation unserer Beschäftigten sehr stolz.

Diese Zahlen verstehen wir aber auch als Auftrag, weiter für den Altenpflegeberuf zu werben und uns in dem Zusammenhang auch dafür einzusetzen, dass diese Ausbildung eine eigenständige bleibt. Eine Vermischung mit der Disziplin

der Krankenpflege - das planen die Große Koalition im Bund und das Huml-Ressort - dagegen ist kontraproduktiv. Zum einen weil in einer generalisierten Ausbildung spezifische Kenntnisse wie sie beispielsweise bei der Betreuung von Demenzpatienten erforderlich sind, unterzugehen drohen; zum anderen weil die Gefahr besteht, dass sich mehr Auszubildende letztlich etwa für den Beruf der Kinderkrankenschwester entscheiden könnten.

Schließlich käme auch niemand auf die Idee, Maschinenbau, Bauingenieurwesen und Elektrotechnik in einem generalisierten Studiengang Ingenieurwissenschaften zusammenzufassen. Oder Germanistik, Romanistik und Anglistik in einem einzigen Studiengang Sprach- und Literaturwissenschaften zu fusionieren. Es gibt viele weitere Beispiele dafür, dass anspruchsvolle und komplexe Bereiche einer eigenen Disziplin bedürfen und sie bislang auch bekommen. Die Altenpflege gehört definitiv dazu, sie ist das, was der Volksmund so treffend „eine Wissenschaft für sich“ nennt. Und als solche ist ihr mehr Aufmerksamkeit und Anerkennung gewiss als sie sie als Teilbereich bekommen würde.

Die Mitglieder der Freien Wohlfahrtspflege als Träger sowohl von Ausbildungsstätten als auch von Einrichtungen der Pflege sollten sich vereint dafür einsetzen, dass die Altenpflege als Ausbildung selbständig bleibt. Sonst wird es noch schwieriger, der in den nächsten Jahrzehnten drohenden Versorgungslücke respektive dem Pflegenotstand Herr zu werden.

*Prof. Dr. Thomas Beyer  
Landesvorsitzender  
der Arbeiterwohlfahrt in Bayern*

## Projekte des Roten Kreuzes zur Willkommenskultur und zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf

### Best Practice Beispiele aus dem Roten Kreuz auf der ConSozial 2015 in Nürnberg

**Bayrisches Rotes Kreuz.** Die ConSozial ist seit 1999 die Fachveranstaltung für Fach- und Führungskräfte im Sozialmarkt. Über 5.000 Besucher erhalten in 2 Tagen kompakte Informationen in über 100 Programmpunkten. Auch auf der ConSozial 2015 wird das Rote Kreuz wieder zwei Projekte präsentieren, die einen aktuellen Bezug zu Themen haben, die viele Menschen bewegen. Das Thema Migration und Flüchtlinge dominiert die Meldungen in den Medien. Das Rote Kreuz rettet Menschen, hilft in Notlagen, bietet Menschen eine Gemeinschaft, steht den Armen und Bedürftigen bei und wacht über das humanitäre Völkerrecht - in Deutschland und in der ganzen Welt. Aufgrund unserer Rotkreuz-Grundsätze ist daher die Interkulturelle Öffnung innerhalb unseres Verbandes ein wichtiges Thema. Interkulturelle Öffnung bedeutet für uns im Roten Kreuz daher auch gelebte Willkommenskultur gegenüber Menschen mit Migrationshintergrund. Vor diesem Hintergrund stellen wir auf der ConSozial das Projekt „Gelebte Willkommenskultur – Migranten für's Ehrenamt gewinnen“ vor, das sich mit folgenden Fragestellungen beschäftigt:

Kann ehrenamtliche Mitarbeit in Form der „Neuen Freiwilligkeit“ und Integration verbunden werden? Hängen interkulturelle Öffnung im Roten Kreuz und neue niederschwellige Workshops zum Bevölkerungsschutz für Menschen mit Migrationshintergrund zusammen? Ja, erfolgreich mit dem EU-Projekt

PROTECT – Helfen und Lernen im Ehrenamt. Das Modell verbindet Integration, ehrenamtliche Mitarbeit und niederschwellige kostenfreie „Hilfe-im-Notfall-Workshops“ für Menschen und Vereine mit Migrationsbezug.

Folgende Referenten werden am 21.10.2015 von 14:00 - 15:00 Uhr über das erfolgreiche Projekt (Kennziffer B4) berichten:

Karl-Dieter Brückner, bis 2007 SAP Consultant, Bereichsleiter des Katastrophenhilfsdienstes im Österreichischen Roten Kreuz, Landesverband Wien und Hardy Häusler, Sachgebietsleiter im DRK-Generalsekretariat für den Ausbau des Ehrenamtes in den Gemeinschaften „Bereitschaften“, „Bergwacht“ und „Wasserwacht“, Berlin.

Ein weiteres wichtiges Thema ist für viele Frauen und Männer in unserer Gesellschaft die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Hierzu stellen wir das Projekt „Lebensqualität für Generationen“ zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf vor.

Das Projekt „Lebensqualität für Generationen“ (LQG) ist eine aktive Kooperation des BRK- Kreisverbandes Kronach, der Kommune Steinbach am Wald, dem Landkreis Kronach und regionalen Unternehmen. Das LQG-Betreuungsnetzwerk bietet für alle Kooperationspartner ein kompetentes Familienmanagement, welches über nahtlose Betreuungslösungen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf umfassend berät und diese organisiert. Der Best-Practice-Vortrag zeigt, wie durch professionelle Betreuungsstruktu-

ren angefangen vom Kleinkind bis hin zu Menschen im hohen Alter Berufstätigen die Verknüpfung von Beruf und Familie ermöglicht und die Lebensqualität in der Region nachhaltig verbessert wird. Die Vorstellung des Projekts (Kennziffer B13) findet am 21.10.2015 von 16:30 - 17:30 Uhr statt.

Als Referenten stehen Roland Beierwaltes, Kreisgeschäftsführer des BRK Kronach, EFQM Assessor, Lehrbeauftragter für Gesundheitsmanagement und Klaus Löffler, 1. Bürgermeister der Gemeinde Steinbach a. Wald, zur Verfügung.

Das Rote Kreuz ist auch wieder mit zwei Messeständen auf der ConSozial vertreten: Den Stand des BRK-Bezirksverbandes Ober- und Mittelfranken finden Sie in Halle 3 A/ Stand 3A -315, den Stand des Generalsekretariats des Deutschen Roten Kreuzes finden sie ebenfalls in Halle 3A/ Stand 3A – 405.

Wir freuen uns auf Ihr Kommen!



Wolfgang Obermair  
Stv. Landesgeschäftsführer  
des Bayerischen Roten Kreuzes  
Email: obermair@lgst.brk.de



**Caritas.** Jüngst fand bereits zum fünften Mal die Aktionswoche Alkohol unter dem Motto „Alkohol? - Weniger ist besser!“ statt. Auch die Caritas in Bayern beteiligte sich an der Themenwoche. Im Gespräch dazu Hilde Rainer-Münch, Referentin im Referat Psychiatrie/Sucht/Gefährdetenhilfe beim Landes-Caritasverband Bayern.

**Alkohol ist nicht gerade ein neues Suchtmittel, seine Gefahren sollten doch eigentlich längst bekannt sein. Warum sind noch immer Kampagnen und Aktionswochen nötig?**

Die Gefahren und Auswirkungen sind in ihrer umfassenden Ausprägung (gesundheitliche Folgen für unterschiedlichste Organe, erhöhte Aggressivität, erhöhte Unfallgefahr, Probleme in der Familie, Probleme am Arbeitsplatz und ökonomische Auswirkungen auf die Gesamtgesellschaft, etc) nicht allen bekannt oder werden konsequent ignoriert. Die Risiken, die von einem unkritischen Alkoholkonsum ausgehen, werden meist unterschätzt. Kampagnen wie die Aktionswoche leisten einen wichtigen Beitrag zur Information und Aufklärung, zur Sensibilisierung der Öffentlichkeit und der Betroffenen und geben zudem konkrete Hinweise für Unterstützung und Hilfen. Die Aktionswoche ist aufgrund der Vielzahl von Beteiligten (Ärzte, Apotheken, Betriebe, Schulen, Vereine und Wohlfahrt) oftmals ein Wegbereiter für suchtpreventives Handeln in der Region. Die Caritas unterstützt das Motto der Aktionswoche: „Alkohol? – Weniger ist besser!“ und beteiligte sich

## Aktionswoche „Alkohol? – Weniger ist besser!“ „Die Risiken werden unterschätzt“



Hilde Rainer-Münch

Foto: privat

auch heuer gerne mit unterschiedlichen Aktionen. Sicherlich gibt es das ganze Jahr über genug Momente, für einen umsichtigen Umgang mit Alkohol: Jedes Betriebsfest würde sich dazu eignen.

**Ideal ist es, Menschen zu erreichen, noch bevor sie Probleme mit Alkohol bekommen. Wo liegen besondere Chancen und Herausforderung der präventiven Arbeit?**

Prävention ist ein sehr breites Feld und beinhaltet Aspekte der Verhaltensprävention und der Verhältnisprävention. Das heißt, was kann der Einzelne in seinem Konsumverhalten berücksichtigen und gegebenenfalls verändern, was kann im Umfeld, in der Gesellschaft berücksichtigt werden? Beim letzten Punkt ist über die Vorbildfunktion der Erwachsenen, die gesellschaftlichen Gepflogenheiten, über die Preisgestaltung und Verfügbarkeit von Suchtmitteln zu diskutieren. Eine lückenlose Verfügbarkeit von Bier und Wein fördert generell den Missbrauch. Prävention ist dann erfolgreich, wenn sie zielgruppenspezifisch und überlegt eingesetzt wird. Das bedeutet, es braucht unterschiedliche Programme für Präventionsarbeit, unter anderem in Kitas und Schulen, in der Ausbildung und in Betrieben, im Freizeit- und Partygeschehen, für

gewisse Lebensphasen wie Schwangerschaft und Stillzeit und auch für Ältere. Bei den Angeboten geht es um Aspekte wie Wissen um die Auswirkungen von Suchtmittelkonsum, das Erlernen von „Nein-Sagen“, Alternativen zum Konsum, Vorbildfunktion, Konfliktbewältigung und Anerkennung, aber auch um kontrollierten Konsum und Konsumkompetenz. Suchtprävention leistet auf verschiedensten Ebenen einen zentralen Beitrag zur Verbesserung der Bevölkerungsgesundheit.

**Zwar hat das berüchtigte „Koma-Saufen“ unter Jugendlichen laut aktuellen Zahlen zuletzt insgesamt zwar etwas abgenommen, dennoch ist Alkohol nach wie vor das am meisten verbreitete Suchtmittel. Gibt es besonders „anfällige“ Risikogruppen für Alkoholmissbrauch?**

Leider hat der Trend zum Koma-Saufen lediglich nicht zugenommen und verliert nach dem anfänglichen „Hype“ die Aufmerksamkeit. Immer noch wird von Jugendlichen und jungen Erwachsenen in bestimmten Kreisen und zu bestimmten Gelegenheiten zuviel getrunken. Hier fällt dem „erwachsenen“ Umfeld eine deutliche Verantwortung zu. Denn der überwiegend größte Teil der riskant Trinkenden ist im erwerbsfähigen Alter. Besonders schwierig ist die Situation der Kinder von suchtkranken Eltern. Sie tragen ein erhöhtes Risiko selber zu erkranken. Fast zwei Millionen Kinder (bis 18 Jahren) haben suchtkranke Eltern. Sie haben kaum Möglichkeit, in einer kindgerechten Umwelt aufzuwachsen und übernehmen oft eine tragende Rolle und Verantwortung im Familienleben. Darauf ist das Betreuungs- und Hilfesystem nicht ausreichend ausgerichtet, die Zu-

sammenarbeit ist meist lückenhaft, eine regelhafte Finanzierung für Angebote fehlt größtenteils.

### Was wird die Caritas-Suchtarbeit in Zukunft erwarten?

Wir treffen bei unseren Präventionsinsätzen und in den Unterstützungsangeboten zunehmend auf neue Suchtmittel (z. B. Kräutermi-

schungen, Crystal Meth) und neue Suchtformen (z. B. Mischkonsum), ohne dass die so genannten alten Suchtmittel wie Alkohol wegfallen. Insbesondere wegen der kaum zu regelnden Verfügbarkeit von neuen Suchtmitteln über das Internet sind andere Ansätze zu finden. Wir werden künftig auf mehr jüngeres Klientel, aber auch auf alte und älter werdende Konsumenten treffen.

Um für die Betroffenen und Ihre Familien eine umfassende Unterstützung, frühzeitig und passgenau, anbieten zu können, muss mit weiteren Akteuren wie der Jugendarbeit, Migrationsbereich, Wohnungslosenhilfe, Zusammenarbeit mit Betrieben und Jobcenter, Justizbereich und Gesundheitsbereich kontinuierlich zusammen gearbeitet werden.

Interview: Korbinian Morhart



## Kommunaler Finanzausgleich 2016:

Bernreiter hebt politische Zusage zur Kostenübernahme für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge heraus



### Finanzausgleich 2016

Die Leistungen im Kommunalen Finanzausgleich 2016 erreichen nach dem Ergebnis der Verhandlungen mit 8,45 Mrd. Euro ein neues Rekordniveau. Das sind 160 Mio. Euro mehr als im Vorjahr. Dazu der Präsident des Bayerischen Landkreistags Landrat Christian Bernreiter, Deggendorf: „Wir freuen uns über diesen Zuwachs, der ganz wesentlich auf die gute wirtschaftliche Entwicklung in Bayern und die dadurch steigenden Steuereinnahmen zurückzuführen ist. Die zusätzlichen Mittel ermöglichen es, notleidenden Kommunen durch ein Mehr an Schlüsselzuweisungen (+62 Mio. Euro) und verbesserte Stabilisierungshilfen (+30 Mio. Euro) stärker zu helfen. Gleichzeitig setzt die Anhebung der allgemeinen Investitionspauschale (+30 Mio. Euro) Anreize, in die kommunale Infrastruktur zu investieren.“

### Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge

Ferner hat sich der Freistaat verpflichtet, die Kosten für die unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge ab 01.01.2016 vollständig zu übernehmen. Bernreiter: „Das ist neben den schon heute großen Leistungen des Freistaats Bayern für Asylsuchende eine weitere wichtige Perspektive für die Träger der Jugendhilfe, besonders

in den extrem belasteten Kommunen an den Hauptfluchttrouten. Gerade sie brauchen allerdings weitere Unterstützung durch rasche Verteilung der unbegleiteten Minderjährigen in Bayern und im ganzen Bundesgebiet, schon vor Inkrafttreten eines entsprechenden Bundesgesetzes.“

### Reform

#### Gemeindeschlüsselzuweisungen

Der Bayerische Landkreistag trägt schließlich die vereinbarte Reform der Gemeindeschlüsselzuweisungen zugunsten strukturschwacher Gemeinden mit. Durch sie werden künftig Steuereinnahmen aus der Grund- und Gewerbesteuer in höherem Umfang in die Steuerkraft eingerechnet und Aufwendungen der Gemeinden im Zusammenhang mit Kindertageseinrichtungen berücksichtigt. Zugleich werden die kommunalen Ausgaben für soziale Leistungen objektiver nach der Zahl der Personen in Bedarfsgemeinschaften angesetzt. Bernreiter: „Ich danke allen Beteiligten für die Solidarität. Auch wenn die Forderungen der Landkreise nicht voll erfüllt wurden, ist der jetzt gefundene Kompromiss tragfähig.“

Die Reform basiert nunmehr auf folgenden Eckpunkten:

#### 1. Gerechtere Erfassung der Grund- und Gewerbesteuer

■ Anhebung der Nivellierungshebesätze auf einheitlich 310 %,

■ die erstmalige Berücksichtigung von 10 % der Steuereinnahmen, die die Nivellierungshebesätze übersteigen.

2. **Unveränderte Beibehaltung der Einwohnergewichtung**, die erst 2013 zugunsten kleinerer Gemeinden (Hauptansatzanhebung 108 auf 112 v.H.) angepasst wurde.

3. Für eine **gerechte Abbildung der Ausgabenseite** werden die sog. Ergänzungsansätze wie folgt fortgeschrieben:

■ Einführung eines neuen Ansatzes für alle Gemeinden für ihre Belastungen durch Kindertageseinrichtungen. Hierzu wird neben der gewichteten Einwohnerzahl die Zahl der Kinder in Tageseinrichtungen mit einer Gewichtung von 1,0 berücksichtigt.

■ Ablösung des bisherigen, auf tatsächliche Ausgaben beruhenden Ansatzes für Belastung durch Sozialhilfe und durch Grundsicherung für Arbeitssuchende bei kreisfreien Städten und Landkreisen durch einen modernen, indikatorbasierten Ansatz für Soziallasten. Hierzu wird neben der gewichteten Einwohnerzahl, die Zahl der Personen in Bedarfsgemeinschaften nach SGB II mit einer Gewichtung von 3,10 berücksichtigt.

## Ein grünes Zeichen der Hoffnung: Der Pflgetruck auf der ConSozial

**Diakonie**   
Bayern

Das **Diakonische Werk Bayern** ist seit 2002 jedes Jahr auf der ConSozial mit einem eigenen Stand vertreten. Dieses Jahr ist alles anders: Passend zum Themenschwerpunkt „Pfleger“ der ConSozial stellt das Diakonische Werk Bayern heuer mit dem Pflgetruck aus. Der Truck gehört zur Aktion „für 100 % liebevoll gepflegte Menschen“, mit der Diakonie und Caritas, evangelische und katholische Kirche in Bayern gemeinsam für bessere Rahmenbedingungen in der Pflege werben. Der Truck in Halle 3 A wird ein echter Hingucker sein: Mit 14 Metern Länge und anderthalb Metern Breite braucht das grüne Tour-Fahrzeug eine Standfläche von gut 200 Quadratmetern. Verschiedene Mitmach-Stationen innerhalb und außerhalb des Trucks laden die Besucherinnen und Besucher ein, sich selbst ein Bild über die Pflege zu machen. Mehr Zeit, mehr Geld, mehr Mitarbeit: Das sind die Kernforderungen der Aktion für eine bessere Pflege. Die Farbe Grün hat dabei auch sym-



Bei der Eröffnung der Pflgetruck-Tour in München im März 2015, (vlnr): Kardinal Reinhard Marx, die bayerische Gesundheits- und Pflegeministerin Melanie Huml, Landesbischof Prof. Dr. Heinrich Bedford-Strohm, der Präsident der bayerischen Diakonie Michael Bammessel und Landes-Caritasdirektor Prälät Bernhard Piendl. Foto: Korbinian Morhart

bolischen Charakter: Die positive Frühlingsfarbe setzt ein Zeichen der Hoffnung. So schwierig sich die Situation in der Pflege auch darstellt, gute Pflege ist im Anbetracht der demographischen Entwicklung notwendiger denn je. In der Öffentlichkeit wächst die Bereitschaft, dafür auch die erforderlichen finanziellen Mittel bereit zu stellen.

Wenn der Truck zur Messe am 21. und 22. Oktober in Halle 3 A einfahren wird, hat er bereits eine große Tour durch rund 30 Städte in Bayern hinter sich. Als Höhepunkt und vorläufiger Abschluss der Aktion findet die Präsentation auf der ConSozial statt.

Am zweiten Tag der Messe, Donnerstag, 22. Oktober 2015 um 11.00 Uhr wird es eine Podiumsdiskussion am Pflgetruck geben mit dem Präsidenten der bayerischen Diakonie Michael Bammessel, Landes-Caritasdirektor Prälät Bernhard Piendl und der bayerischen Gesundheits- und Pflegeministerin Melanie Huml (angefragt). Unter dem Titel „Quo vadis Pflege in Bayern?“ diskutieren die Beteiligten über Unterstützungsmöglichkeiten der Politik für die Pflege.

Nähere Informationen zur Aktion und zur Pflgetruck-Tour finden sich im Internet unter

[www.liebevoll-pflege.de](http://www.liebevoll-pflege.de)

Wenn Sie die Aktion „für eine liebevolle Pflege“ unterstützen möchten, können Sie die Petition auf [change.org](http://change.org) unterschreiben. <http://www.liebevoll-pflege.de/was-wollen-wir/unsere-petition/>

### Vorbilder fürs Ehrenamt – Projekte, die Nachahmung finden sollten

Auf der ConSozial extra Bühne in Halle 3 A wird am 22. Oktober 2015 von 13.45 bis 14.15 Uhr die Preisverleihung für den Diakonie-Wettbewerb 2015 stattfinden. Unter dem Motto „Die Sozialexpertin fürs Ehrenamt“ hatten sich Mitglieder des Diakonischen Werkes Bayern um einen der drei Preise im Gesamtwert von 4.500 Euro beworben. Die drei Preisträger werden für vorbildliche, qualifizierte und nachweislich erfolgreiche Schulungen und Fortbildungen für Ehrenamtliche ausgezeichnet. Sie werden anlässlich der Preisverleihung der Öffentlichkeit vorgestellt. Interes-

sierte sind herzlich eingeladen, an der Veranstaltung teilzunehmen.



## Was wirklich wichtig ist: Der Paritätische diskutiert über seine Werte



Werte sind wichtig. Sie schaffen ideelle Orientierung. Sie leiten uns. Doch die Wertegebundenheit der Sozialen Arbeit - ihr ethisches Fundament - ist in der öffentlichen Wahrnehmung insbesondere in den beiden letzten Jahrzehnten in den Hintergrund getreten. Die neoliberale Durchdringung der Gesellschaft ist auch bei uns angekommen. Die dazu passenden Begrifflichkeiten, die die Diskussion prägen, sind Markt, Wettbewerb, Sozialwirtschaft, etc. Es hat sich eine Ökonomisierung Sozialer Arbeit vollzogen. Nicht nur in unserer Mitgliedschaft ist durchaus ein Unbehagen ob dieser Entwicklung spürbar. Der Paritätische greift dieses Unbehagen bundesweit auf und führt 2015 einen Wertedialog innerhalb des Verbands.

Es war auf der ConSozial 2013, als Dr. Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbands, mit seinem Eröffnungsvortrag „Soziales unternehmen – zwischen Umsatz und Grundsatz“ den Impuls gesetzt hat, uns wieder auf unsere eigenen Traditionen und Werte zu besinnen. Innerhalb des Paritätischen haben wir den Anstoß aufgegriffen und beschlossen, einen intensiven Dialog über unsere Werte zu führen.

Den Auftakt bildete eine bundesweite Konferenz in Potsdam am 26. März 2015. Nun wird dieser Dialog auf regionaler Ebene weitergeführt. Im Paritätischen in Bayern hat der Wertedialog am 10. Juli im Rahmen der Landesmitgliederversammlung in Bamberg stattgefunden. Über 140 Teilnehmerinnen und Teilnehmer

aus dem Verband und den Mitgliedsorganisationen haben die Debatte geführt: Was ist uns wirklich wichtig? Was leitet uns?

Da Soziale Arbeit in ein gesellschaftliches Werte- und Normengerüst eingebunden ist, bedeutet die Forderung nach einer Wertedebatte nichts weniger, als der bisherigen neoliberalen Ausrichtung eine gesellschaftliche Alternative entgegenzusetzen. Es geht um die Entwicklung einer Vision eines Gesellschaftsentwurfs, in dem die Auseinandersetzung um die Rolle und die Bedeutung des Sozia-



Margit Berndl bei der Landesmitgliederversammlung im Juli 2015.

Foto: Der Paritätische

len ein wichtiger Teil ist. Fragen der Nachhaltigkeit und der Generationengerechtigkeit sind gleichermaßen zu beantworten und miteinander zu verschränken. Wo schließen wir Gruppen von Menschen aus? In welcher Gesellschaft wollen wir leben? Und was tun wir dafür? Das ist die entscheidende Frage!

Diese Frage stellt sich beispielsweise auf dem Arbeitsmarkt: Menschen mit Behinderungen oder mit sogenannten multiplen Vermittlungshemmnissen bleibt der „reguläre“ Arbeitsmarkt weitgehend verschlossen. Personen, in der Regel Frauen, die private Sorgearbeiten leisten, haben ebenfalls einen eingeschränkten Zugang, was sich in Teilzeitarbeitsverhältnissen verbunden mit erheblichen Altersarmutsrisiken niederschlägt. Wie kann für diejenigen, die den Anforderungen des Arbeitsmarkts nicht genügen können, gesellschaftliche Teilhabe sichergestellt werden? Oder nehmen wir als Gesellschaft eine dauerhafte Exklusion ganzer Gruppen hin?

Ein anderes Beispiel: Wie gehen wir als Gesellschaft mit Flüchtlingen um? Der Paritätische steht dafür, dass Vielfalt eine Bereicherung ist. Er steht für eine wertschätzende Aufnahme der Flüchtlinge. Wir haben die Sorge, dass das gerade verloren geht. Es ist klar, dass die Aufnahme der Menschen, die zu uns kommen, eine gewaltige Herausforderung ist. Aber gerade deswegen ist es unser aller Aufgabe, ein gutes Miteinander zu gestalten.

Die Inklusionsdebatte zielt auf unser Gesellschaftsverständnis. Wie gehen wir mit menschlicher Vielfalt um? Welchen Wert messen wir ihr bei? Eine Orientierung an Markt- und Wettbewerbskategorien wird uns hier nicht weiterhelfen. Es geht um eine Neuorientierung.

Wir müssen uns als freie Wohlfahrtspflege wieder stärker auf unsere Traditionen und ideellen Grundlagen besinnen und selbstbewusst dafür einsetzen.

Margit Berndl, Vorstand Verbands- und Sozialpolitik des Paritätischen in Bayern

# blind foundation



## Auftritte ConSozial

21. Oktober 2015  
Eröffnung ConSozial  
15.15 Uhr ConSozial extra

Wie kann ein blinder Mensch Keyboard spielen? Wie kann eine Band auftreten, ohne sich zu sehen? Die Band „Blind Foundation“ zeigt nicht nur mit Bravour, wie gelebte Inklusion funktioniert, sondern hat mit ihrem Konzept Erfolg: Schon seit vielen Jahren touren sie mit ihrem breitgefächerten Cover-Programm durch ganz Europa. Einer ihrer ersten selbst komponierten Songs - der erste Inklusions-Popsong in Deutschland - wurde auf YouTube schon über 100.000 Mal aufgerufen. Pünktlich zum zehnjährigen Jubiläum hat die Band ihr erstes Album „Emoticons“ mit komplett eigenen Songs herausgebracht. Mit den neuen Songs geht die Band dieses Jahr auf deutschlandweite Tournee.

## Was bedeutet für Sie Inklusion?

Inklusion halten wir für sehr wichtig und ist für uns gleichzeitig absolut alltäglich. In einer inklusiven Gesellschaft ist es normal, dass jeder verschieden ist. Es spielt keine Rolle, wo jemand herkommt oder ob er eine Behinderung hat. Wir würden uns freuen, wenn das irgendwann für jeden so selbstverständlich ist, wie es das für uns ist.

Weitere Informationen:

[www.blindfoundation.de](http://www.blindfoundation.de)